Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966 ◆ Mittwoch, 5. November 1986 ◆ Nr. 214 (5 342) ◆ Preis 3 Kopeken

Weiter so und noch besser!

Die Arbeitskollektive der Milchfarmen des Rayons Kurdai haben einen überzeugenden Sieg errungen: Sie haben den Jahresplan des Verkaufs von Milch an den Staat mit 2,5 Monaten Zeitvorsprung erfüllt. Acht Agrarbetriebe liefern bereits überplanmäßige Produktion. So haben die Viehzüchter des Sowchos „Rosa Luxemburg" beschlossen, bis Jahresende weitere 6 000 Dezitonnen Milch über den Plan hinaus zu liefern, und die Werktätigen des Sowchos „Talapty" — 3 000 Dezitonnen. Insgesamt wird die überplanmäßige Milchmenge im Rayon rund 35 000 Dezitonnen ausmachen.

Darüber, wie diese Beschleunigung erzielt wurde, erzählt unserem Korrespondenten Adam WOTSCHEL der Staatsinspektor der Rayon-Agrarindustrie-Vereinigung Pjotr SHITNIK.

Diese Leistung ist hauptsächlich das Ergebnis der Verbesserung des Futteranbaus. In den Agrarbetrieben wurden erstmalig Raps sowie die Gemische Roggen-Raps und Mais-Sorgho zum Silofutter angebaut. Als Herbstbeifutter wurden Futtergemische aus Gerste mit Hafer und Erbsen gesät. Die Luzerne ergab in diesem Jahr fünf Schnitte. Der größte Teil davon wurde dem Vieh als Grünfutter verfüttert, das andere als Gärfutter, Welksilage und Grünmehl für den Winter gelagert. Bei solch einer Futterbasis für die Melkherde, die hauptsächlich aus Alatau- und schwarzbunten Rindern mit hoher Milchleistung besteht, wäre es eine Schande, wenig Milch zu erhalten.

Besonders möchte ich das Farmkollektiv des Sowchos „Sarybulakski" erwähnen, das von Anatol Mittelstedt geleitet wird. Hier wurde der Jahresplan der Milchlieferung bereits im September bewältigt, indem man 14 700 Dezitonnen Milch an den Staat verkaufte. Bis Jahresende soll diese Kennziffer auf 20 000 Dezitonnen anwachsen. Dabei werden 95 bis 98 Prozent der Milch als erste Sorte geliefert.

Hohe Leistungen werden auch im Kolchos „Trudowik", in den Sowchosen „Georgijewski", „Iskra Lenina" und anderen erzielt. Hier hat man sich auf die bevorstehende Viehwinterung gründlich vorbereitet. Das nötige Futter ist auf Lager, die Stallungen sind renoviert, die Arbeitsbedingungen der Viehzüchter sind verbessert.

Die Kollektive unseres Rayons sind jetzt dabei, die im ersten Jahr des neuen Planjahrfünfts erzielten nennenswerten Erfolge nicht nur zu verankern, sondern auch auszubauen.

Im Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR

Über die Praxis der Sprechstunden für die Bürger und die Entscheidung der von ihnen aufgeworfenen Fragen in den Sowjets der Volksdeputierten des Gebiets Karaganda und in den ihnen rechenschaftspflichtigen Organen

In dem vom Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR diesbezüglich gefaßten Beschluß wird festgestellt, daß die Sowjets der Volksdeputierten des Gebiets unter Leitung der Parteiorgane die Arbeit bei der Mobilisierung der Werktätigen zur Erfüllung der Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU verstärkt haben.

Bei der Realisierung des Kurses der Partei auf Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie berücksichtigen die Sowjets der Volksdeputierten nun in größerem Maße die Meinung der Bürger, ihre Vorschläge zu Fragen der Bessergestaltung der Tätigkeit der Staats- und Wirtschaftsorgane, der Festigung der Gesetzlichkeit und Rechtsordnung. Die örtlichen Sowjets messen, wie es auch sein muß, der Organisation und dem Abhalten von Sprechstunden für die Bürger, darunter unmittelbar in den Arbeitskollektiven und am Wohnort, große Bedeutung bei. Zur Erhöhung der Verantwortung der Amtspersonen für die Behandlung der Zuschriften der Werktätigen trägt die Erörterung auf den Tagungen und Sitzungen der Vollzugskomitees und der Ständigen Kommissionen der Sowjets der Prüfungsergebnisse des Arbeitszustandes und der Vorschläge, Gesuche und Klagen bei.

Zahlreiche Deputierte der Sowjets bekunden hohe Aktivität und streben eine aufmerksame Behandlung der Beschwerden und Erklärungen der Bürger an. So wird im Karagandaer Hüttenkombinat, im Werk für Asbestzementerzeugnisse und in einigen anderen Betrieben des Gebiets operativ auf die Belange und Ansprüche der Werktätigen reagiert. Hier ist man bestrebt, Fragen des Sozial- und Dienstleistungsbereichs rechtzeitig zu lösen. Dadurch verringert sich ständig die Zahl der Klagen seitens der Mitarbeiter dieser Kollektive, es gibt fast keine Appellationen an übergeordnete Organe mehr.

Zugleich zeigte das Bekanntwerden mit der Sachlage im Gebiet Karaganda ernsthafte Mängel in der Arbeit der Sowjets und der ihnen rechenschaftspflichtigen Organe hinsichtlich der Sprechstunden für die Bürger und der Auswertung ihrer Eingabe auf. Die Leiter der Vollzugskomitees einzelner Stadt- und Rayonsowjets, einiger Betriebe und Organisationen des Ministeriums für Kohlenindustrie der UdSSR, des Ministeriums für Schwarzmetallurgie der UdSSR, des Ministeriums für Zivilluftflotte der UdSSR und des Ministeriums für Bauindustrie der Kasachischen SSR verletzen die festgelegte Ordnung der Sprechstunden, leiten keine notwendigen Maßnahmen zur richtigen Behandlung der Eingaben und Beschwerden ein, bekunden dabei Formalismus und Bürokratismus und leiten an die übergeordneten Staatsorgane keine wahrheitsgetreuen Informationen über die Ergebnisse der Behandlung von Eingaben weiter.

Nicht immer werden Fakten grober Verletzung der Ordnung bei den Sprechstunden für die Bürger und der Entscheidung ihrer Fragen prinzipiell eingeschätzt; es fehlt die wirksame Kontrolle über die Erfüllung der Beschlüsse, die bezüglich der Beschwerden und Gesuche gefaßt werden, was sich auf die Ausführungsdisziplin negativ auswirkt. Zur Behandlung der Eingaben der Bürger werden entschieden zu wenig Deputierte herangezogen.

Die Sowjets der Volksdeputierten des Gebiets Karaganda nutzen noch nicht in vollem Maße ihre Vollmachten, die im Beschluß des ZK der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und des Ministerrates der UdSSR „Über Maßnahmen zur weiteren Erhöhung der Rolle und zur Verstärkung der Verantwortung der Sowjets der Volksdeputierten für die Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung im Sinne der Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU" vorgesehen sind. Sie nutzen nicht die Reserven zur Steigerung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion und zur Entwicklung des Sozialbereichs als Hauptmittel zur Befriedigung der Bedürfnisse und Ansprüche der Bürger.

Mehr als die Hälfte aller Eingaben betreffen das Wohnungsproblem. Dessenungeachtet und trotz der Kompliziertheit des besagten Problems befassen sich die Vollzugskomitees der Sowjets des Gebiets völlig unzufriedenstellend mit dem Wohnungsbau, sie finden sich mit seiner minderwertigen Qualität ab. Die zu diesem Zweck bereitgestellten staatlichen Investitionen sowie die Mittel der Wohnungsbaugenossenschaften werden dauernd nicht in Anspruch genommen. Im vergangenen Planzeitraum wurde der Plan beim Bau von Wohnungshäusern lediglich zu 70 Prozent erfüllt. Unbefriedigend erfolgt der Bau und die Instandsetzung des ressortgebundenen Wohnraumbestands. In den Jahren von 1981 bis 1985 haben das Ministerium für Kohlenindustrie der UdSSR, das Ministerium für Schwarzmetallurgie der UdSSR, das Ministerium für Erdölverarbeitung und Petrolchemie der UdSSR und eine Reihe anderer Ministerien im Gebiet die Übergabe von Wohnhäusern mit einer Gesamtfläche von über 630 000 Quadratmetern nicht gewährleistet. Auch in diesem Jahr veränderte sich die Sachlage nicht. Der Plan der Übergabe von Wohnungen in der Produktionsvereinigung „Karagandaugol" für 1986 macht 82 Prozent aus gegenüber dem Plan von 1983.

Eine bedeutende Zahl von Eingaben der Bürger hängt mit den groben Verletzungen des Wohnungsgesetzes und den Übergriffen bei der Wohnraumlenkung zusammen, weshalb eine Reihe von Leitern und anderen Amtspersonen ihrer Pflichten entbunden und zur Verantwortung gezogen wurde. Die Vollzugskomitees einiger Sowjets üben keine gebührende Kontrolle über das rechtzeitige Belegen der übergebenen Wohnhäuser aus.

Beachtlich ist die Menge von Beschwerden, die wegen der mangelhaften Leitung der Arbeit der Betriebe, Einrichtungen und Organisationen der Kommunalwirtschaft, des Dienstleistungs- und des Verkehrswesens, des Handels und der gesellschaftlichen Speisewirtschaft, der Kultur und der Sozialfürsorge durch die Sowjets eintreffen.

Begründete Klagen der Bürger werden hervorgerufen durch Unterlassungen in der Arbeit der medizinischen Organe und Einrichtungen, durch das niedrige Niveau der Diagnostizierung und Behandlung der Kranken, durch die Schwierigkeiten beim Empfang ärztlicher Spezialhilfe sowie durch den unbefriedigenden Zustand zahlreicher Behandlungseinrichtungen. Die für den Bau und die Instandsetzung von Krankenhäusern und Polikliniken bereitgestellten Mittel werden ebenfalls nicht voll in Anspruch genommen. Die Arbeit des Schnellhilfe-Dienstes ist nicht gebührend organisiert.

Von tiefer Besorgnis sind die Eingaben der Bürger betreffs der Luft- und Gewässerverunreinigung durchdrungen. Viele Betriebe des Ministeriums für Schwarzmetallurgie der UdSSR, des Ministeriums für Chemieindustrie der UdSSR, des Ministeriums für Energetik und Elektrifizierung der Kasachischen SSR bekunden nicht das nötige staatsbewußte Herangehen an die Verbesserung des Sanitätszustandes der Umwelt. Die Sowjets des Gebiets, ihre Vollzugs- und Verfügungsorgane stellen nicht die nötigen Ansprüche an Wirtschaftsleiter, die die gesetzlichen Naturschutzbestimmungen verletzen.

Viele Klagen der Bürger sind die Folge von ernsthaften Mängeln in der Arbeit der Post- und Fernmeldebetriebe, von groben Verletzungen der Ordnung der Telefoneinführung, häufigen Linienstörungen und geringer Bedienungskultur.

Die Sowjets des Gebiets stimulieren zu schwach die Erhöhung der gesellschaftlichen Aktivität der Arbeitskollektive. Nur wenig Aufmerksamkeit wird Fragen der rationellen Nutzung der vorhandenen Arbeitskräfte geschenkt. Ein beträchtlicher Teil der arbeitsfähigen Bürger wird nicht zur Arbeit in Betrieben herangezogen, was zu berechtigten Vorwürfen der Werktätigen führt.

Die Sowjets ziehen keine nötigen Schlußfolgerungen aus den zahlreichen Mitteilungen der Werktätigen über Gesetzverletzungen verschiedener Art. Nicht im vollen Maße nutzen sie ihre Befugnisse zur Gewährleistung der Gesetzlichkeit auf ihrem Territorium, nicht organisiert ist das gehörige Zusammenwirken mit Rechtsschutzorganen, die nicht rechtzeitig und nicht immer effektiv auf Fakten der Rechtsverletzungen und der gesetzlich geschützte Interessen der Bürger reagieren.

Im Gebiet kommt es zu groben Verletzungen der Arbeitsgesetzgebung, so daß mehr als die Hälfte der Gekündigten, die sich mit Klageanträgen ans Volksgericht wenden, wiedereingesetzt werden. Gelegentlich fassen die Vollzugskomitees mancher Sowjets selbst Beschlüsse, die der geltenden Gesetzgebung nicht entsprechen. Nachgelassen hat der Kampf gegen Personen, die eine antisoziale Lebensweise führen.

Die Sowjets der Volksdeputierten des Gebiets habe noch kein nötiges Niveau der organisatorischen und Erziehungsarbeit zur Ausmerzung von Trunksucht und Alkoholismus und keine gehörige Kontrolle über die Einhaltung der Forderungen der antialkoholischen Gesetzgebung gesichert.

Die Rechtspropaganda im Gebiet wird nicht immer zielstrebig betrieben, die Informierung über die Ordnung der Prüfung von Vorschlägen, Eingaben und Klagen ist schwach organisiert.

All diese Mängel veranlassen die Bürger, sich an die örtlichen Machtorgane zu wenden und, nachdem sie die Lösung der sie bewegenden Fragen oder die Verwirklichung der gefaßten Beschlüsse nicht durchgesetzt haben, ihre Klagen an die Republik- und Unionsorgane weiterzuleiten. Allein ans Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR ist in den letzten drei Jahren die Zahl der Eingaben der Bürger aus dem Gebiet Karaganda auf mehr als das Fünffache gestiegen.

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR verwies das Vollzugskomitee des Gebietssowjets der Volksdeputierten Karaganda auf die Notwendigkeit, die Abschaffung der Mängel bei der Organisation von Sprechstunden für die Bürger, bei der Lösung der von ihnen aufgeworfenen Fragen, bei der Ermittlung und Ausmerzung der Ursachen, die Klagen hervorrufen, zu gewährleisten; die Forderungen der Gesetzgebung bei der Prüfung von Vorschlägen, Eingaben und Klagen strikt einzuhalten.

Es wurde zur Kenntnis genommen, daß das Vollzugskomitee des Gebietssowjets der Volksdeputierten Karaganda die Dienstpersonen zur Verantwortung gezogen hat, die grobe Verletzungen der festgelegten Ordnung bei der Organisation der Sprechstunden für die Bürger und bei der Behandlung ihrer Eingaben zugelassen hatten.

Das Präsidium des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR und die örtlichen Sowjets der Volksdeputierten der Republik wurden aufgefordert:

die Effektivität der Sprechstunden für die Bürger zu erhöhen durch vollständige Nutzung der Befugnisse und Möglichkeiten der Sowjets der Volksdeputierten sowie der Arbeitskollektive bei der Lösung von Fragen, die die Bürger aufwerfen; durch weitgehendes Heranziehen von Deputierten der Sowjets, Deputiertengruppen und -posten in den Betrieben und Organisationen zur Prüfung und Kontrolle der tatsächlichen Verwirklichung der gefaßten Beschlüsse über diese Fragen; durch die entschiedene Überwindung von Verantwortungslosigkeit und Bürokratismus;

den Empfehlungen und Meinungen der Arbeitskollektive Rechnung zu tragen bei der Behandlung der Vorschläge, Einlagen und Klagen der Bürger in Fragen des Wohnungsbaus, der Kindereinrichtungen, der baulichen Einrichtung von Wohnorten, der Verbesserung der Arbeit von Handels- und Dienstleistungseinrichtungen, des Transports, des Post- und Fernmeldewesens, der Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Volksbildung;

die Bürger und die Arbeitskollektive regelmäßig über die Ordnung der Prüfung von Vorschlägen, Eingaben und Klagen, über die Vollmachten der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen sowie die Arbeit der Sowjets zu informieren.

Das Vollzugskomitee des Gebietssowjets der Volksdeputierten Karaganda und das Ministerium für Kohlenindustrie der UdSSR, das Ministerium der Schwarzmetallurgie der UdSSR, das Ministerium für Chemieindustrie der UdSSR und andere daran interessierte Ministerien wurden auf die Notwendigkeit verwiesen, Maßnahmen zur aktiveren Beteiligung der ihnen untergeordneten Betriebe und Organisationen an der sozialökonomischen Entwicklung des Gebiets und am Umweltschutz einzuleiten.

Das Objekt ohne Nacharbeit übergeben — nach diesem Prinzip arbeitet strikt die Brigade Matthias Heck (im Bild) aus dem Trust „Kustanaitjashstroi". Davon zeugen die Ergebnisse des Kollektivs für die zurückliegenden drei Planjahrfünfte von der Gründung der Brigade an.

Hier arbeitet man nach der Vertragsmethode; dabei werden hohe Qualität der Bauarbeiten und gutes Tempo gesichert. Im Durchschnitt wird die Norm mit 123 bis 125 Prozent erfüllt, was der Brigade eine vorfristige Realisierung des Jahresplans ermöglicht.

Foto: Jürgen Witte

Wirtschaftsleben kurzgefaßt

DURCH SEINE ARBEITSERFOLGE ist das Kollektiv der Koktschetawer Geflügelproduktionsvereinigung in ganz Kasachstan berühmt. Einen beachtlichen Beitrag zum gemeinsamen Erfolg leisten die Arbeiter und Angestellten der Truthühnerfabrik. Sie wollen ihre Aufgaben für die ersten zwei Jahre des zwölften Planzeitraums zum 70. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution erfüllt haben. Zur Zeit produzieren sie für Februar des kommenden Jahres.

1 700 TONNEN METALL haben die Hüttenwerker der Schmelzerei des Jermaker Ferrolegierungswerks auf ihr überplanmäßiges Konto geschrieben. Außerdem hat man hier mehr als 6 Millionen Kilowattstunden Elektroenergie gespart.

Spitzenleistungen weist das Kollektiv des zwölften Elektroschmelzofens auf, das vom Oberschmelzer I. Gusow geleitet wird. Diese Ofenbesatzung hat mehr als 500 Tonnen Metall zusätzlich zum Plan geliefert.

FEST STEHEN ZU IHREM WORT die Kumpel aus der Produktionsvereinigung „Karagandaugol": seit Jahresbeginn haben sie überplanmäßig rund 500 000 Tonnen. Kohle an die Konsumenten abgefertigt. Die Kollektive der Kohlengruben „Kirowskaja", „M. I. Kalinin" und „Sewernaja" haben sich darum besonders verdient gemacht. Als Antwort auf die Initiative der Brigade W. Grusdew aus der Kohlengrube „Raspadskaja" im Kusbass, den 70. Jahrestag des Großen Oktober durch Arbeitsgroßtaten zu würdigen, hat das Förderrevier beschlossen, in diesem Jahr 560 000 Tonnen Kohle abzubauen, was die Planzahlen wesentlich übertrifft.

DIE ROTE WANDERFAHNE des Trusts „Kasteploisolazija" ist dem Kollektiv der Spezialbauverwaltung Ust-Kamenogorsk verliehen worden. Zu Ehren des Großen Oktober hat sie ihren Zehnmonatsplan vorfristig erfüllt; über das Plansoll hinaus sind Bau- und Montagearbeiten im Werte von 429 000 Rubel ausgeführt worden.

Im sozialistischen Wettbewerb führen die Kollektive der Abschnitte Ust-Kamenogorsk und Leninogorsk.

Antwort

des Generalsekretärs des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow auf den „Appell von Harare"

An den Vorsitzenden der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, Ministerpräsidenten der Republik Simbabwe
Robert Gabriel Mugabe

Geehrter Genosse Mugabe!

Ich habe den „Appell von Harare", der mir am 8. Oktober 1986 von Ihrem Sonderbeauftragten und Außenminister der Republik Simbabwe W. Mangwende überreicht wurde, aufmerksam geprüft.

In diesem Dokument wurden die berechtigte Sorge über das nukleare Wettrüsten und das Verständnis der dringenden Notwendigkeit von sofortigen Handlungen zur Rettung der irdischen Zivilisation geäußert. Wir verstehen nur allzu gut diese ernste Besorgnis der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, die den größten Teil der Bevölkerung unseres Planeten darstellen.

Wir schätzen die Position der VIII. Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Nichtpaktgebundenen in Harare zu Fragen, die mit der nuklearen Gefahr zusammenhängen, wie auch den einmaligen Beitrag der Bewegung der Nichtpaktgebundenen zur internationalen Entwicklung hoch ein und sind gewiß, daß dieser Beitrag unablässig wachsen wird.

Wie Sie gut wissen, hat die Sowjetunion, ihrem prinzipienfesten außenpolitischen Kurs und den Zielstellungen des XXVII. Parteitages der KPdSU folgend, in letzter Zeit — einseitig und gemeinsam mit ihren Verbündeten — einen ganzen Komplex von Friedensinitiativen unterbreitet, der praktisch alle Aspekte des Problems der Abrüstung umfaßt.

Die Entwicklung in der Welt, vor allem die gefährlichen Folgen der Politik der amerikanischen Administration, machten es notwendig — das fand auf der Konferenz in Harare seinen Niederschlag, wo die führenden Repräsentanten von fast 100 nichtpaktgebundenen Staaten zusammentrafen—, daß politischer Willen an den Tag gelegt wird und entschlossene Handlungen zur Eindämmung des nuklearen Wettrüstens unternommen werden.

Die sowjetische Führung hat eingedenk ihrer Verantwortung für die Geschicke des Friedens und der internationalen Sicherheit beschlossen, unverzüglich auf ein Treffen mit USA-Präsident R. Reagan hinzuarbeiten.

Ein solches Treffen wurde auf unsere Initiative in Reykjavik durchgeführt. Die Position der UdSSR ist ehrlich, kühn und offen. Sie sichert Lösungen für Kardinalfragen der Reduzierung und Liquidierung der nuklearen Rüstungen, basiert auf den Prinzipien der Gleichheit und der gleichen Sicherheit und berücksichtigt die Interessen beider Länder und ihrer Verbündeten. Zugleich entspricht sie — ich möchte das hervorheben — den Interessen aller anderen Länder und Völker.

Daher hat die von uns in Reykjavik unterbreitete Plattform in vielen Ländern der Welt, darunter in den nichtpaktgebundenen, in verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Kreisen Verständnis gefunden. Wir sind der Ansicht, daß in unserer Plattform der wechselseitig zusammenhängenden Vorschläge, die vom Standpunkt der Interessen der Verhandlungspartner und der gesamten Staatengemeinschaft sorgfältig ausgewogen sind, ein neues Herangehen und ein neues Denken, deren Notwendigkeit von den Realitäten des nuklearen Raketenzeitalteres diktiert sind, einen konkreten Ausdruck gefunden haben.

In meinen Berichten über die Ergebnisse des Treffens in Reykjavik sowie über die von uns in mehrere Länder entsandten Sonderbeauftragten wurde eine ausführliche und objektive Information und unsere Einschätzung des abgehaltenen Treffens gegeben. Das entbindet mich der Pflicht, die Positionen der Sowjetunion und der USA bei diesen Verhandlungen nochmals ausführlich zu schildern. Ich möchte nur daran erinnern, daß die von der Sowjetunion in Reykjavik eingebrachten Kompromißvorschläge eine reale Möglichkeit für die Herbeiführung von Übereinkünften über die für die Menschheit wichtigsten Fragen — solche wie die Liquidierung der Kernwaffen, das Verbot der nuklearen Experimente und die Verhinderung des Gelangens von Waffen in den Weltraum — geboten haben.

Es gelang leider nicht, die praktisch erzielte Einigung über bedeutendste Probleme der Weltpolitik wegen des Strebens der USA, hartnäckig auf die Realisierung des militaristischen SDI-Programms und somit auf die Entfaltung eines Wettrüstens bei neuen Rüstungsarten hinzuarbeiten, zu für beide Seiten verbindlichen Vereinbarungen zu gestalten.

Was die Sowjetunion betrifft, so hat sie den „Sternenkrieg"-Plänen eine konstruktive Alternative — die Anbahnung einer breitangelegten Zusammenarbeit bei der friedlichen Erforschung und Erschließung des Weltraums — entgegengesetzt.

Die USA haben auch keine Bereitschaft gezeigt, über die Frage der Einstellung und des Verbots der nuklearen Experimente zu verhandeln, die bei der Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen gleichfalls Besorgnis hervorrief.

Ich sagte schon mehrmals: Die Einstellung zu dieser Frage ist heute der überzeugendste Beweis dafür, wie ernsthaft jede der größten Nuklearmächte sich zur Abrüstung und zur internationalen Sicherheit und überhaupt zur Sache des Friedens verhält. Die Weigerung der USA, sich dem Moratorium anzuschließen, werten wir — und nicht nur wir — mit allem Grund als das Streben, militärische Überlegenheit zu erlangen, das Wettrüsten fortzusetzen und es auf neue Sphären, insbesondere auf den Weltraum, auszudehnen.

Was die im „Appell von Harare" angeschnittene Frage eines neuen sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens betrifft, so sind wir nach wie vor für ein solches Treffen vorausgesetzt, daß es ergebnisreich ist und der objektiven Tatsache Rechnung trägt, daß Reykjavik eine qualitativ neue internationale Situation geschaffen hat, das Problem der nuklearen Abrüstung auf eine neue, höhere Stufe gehoben wurde und eine Umkehr von ihr inakzeptabel und unzulässig ist.

Wir haben der Erklärung der Teilnehmer der Konferenz von Harare von der Bereitschaft, weiterhin eine aktive Rolle bei der Lösung der Aufgabe der Gewährleistung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu spielen, die nötige Aufmerksamkeit geschenkt. Ich möchte Sie, Genosse Vorsitzender, versichern, daß auch die Sowjetunion ihrerseits fest entschlossen ist, auch künftig aktiv mit den nichtpaktgebundenen Ländern — einer angesehenen Fortschrittskraft der Gegenwart — bei der Lösung der heute vor der Menschheit stehenden brennenden Probleme zusammenzuarbeiten.

Nach unserer Ansicht muß man alles tun, damit die gegebene Chance, Probleme von Krieg und Frieden im Interesse der gesamten Menschheit zu lösen, nicht verpaßt wird.

Hochachtungsvoll

M. GORBATSCHOW

M. S. Gorbatschow empfing N. D. Tiwari

M. S. Gorbatschow hat am 3. November im Kreml den Außenminister Indiens N. D. Tiwari empfangen. Er beglückwünschte ihn zur Ernennung zum Außenminister und gab seiner Gewißheit Ausdruck, daß er in diesem Amt gemeinsam mit seinen Kollegen den Staffelstab der Zusammenarbeit, des gegenseitigen Verständnisses, des Vertrauens und der Freundschaft in den Beziehungen zwischen beiden Ländern weitertragen wird und daß das in dieser Hinsicht in Jahrzehnten Geschaffene erhalten und gemehrt wird.

In der nach Reykjavik entstandenen Situation gewinnen der selbständige, unabhängige Kurs der indischen Führung, der hohe Stand und die Tiefe des Inhalts der sowjetisch-indischen Beziehungen, die Dynamik und Fruchtbarkeit des politischen Dialogs und der gegenseitigen Unterstützung, der sozialökonomischen Verbindungen auf der Grundlage der neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik und die Breite des Kulturaustausches immer mehr an Bedeutung. Das liegt im Interesse nicht nur beider großen Völker, sondern auch der gesamten Weltgemeinschaft — als ein Beispiel der friedlichen Koexistenz und als ein Faktor der Einstellung des Rüstungswettlaufs, der allgemeinen Sicherheit, der Gleichberechtigung aller Staaten und ihres Fortschritts.

M. S. Gorbatschow bekräftigte erneut, daß für die Sowjetunion die Beziehungen zu Indien — eine Frage des Prinzips — von überaus großem selbständigem Wert und keinen Schwankungen und Einflüssen von außen ausgesetzt sind. Die sowjetische Führung wird auf dem Gebiet ihrer internationalen Politik keinen einzigen Schritt tun, der den realen Interessen Indiens schaden könnte.

Besondere Aufmerksamkeit galt den Perspektiven der bilateralen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Verbindungen unter Nutzung neuer Formen und Möglichkeiten und unter Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftslage in der Welt. Berührt wurden Probleme der Beziehungen zu einigen Drittländern. N. D. Tiwari informierte über die Tätigkeit der Bewegung der Nichtpacktgebundenen, deren Rolle in der Sowjetunion hoch eingeschätzt wird.

An dem Gespräch nahmen teil der Erste Stellvertreter des Außenministers der UdSSR J. M. Woronzow, der Botschafter Indiens T. N. Kaul, der Sekretär für Auswärtige Angelegenheiten des Außenministeriums Indiens A. P. Venkateshwaran und der Sekretär des Ministerpräsidenten Indiens G. K. Arora.

(TASS)

Im ZK der KPdSU, im Ministerrat der UdSSR, im Zentralrat der Sowjetgewerkschaften und im ZK des Komsomol der Sowjetunion

Das ZK der KPdSU, der Ministerrat der UdSSR, der Zentralrat der Sowjetgewerkssschaften und das ZK des Komsomol der Sowjetunion haben es im Zusammenhang mit den aufgedeckten Fakten überhöhter Berichterstattung über die Viehwirtschaft als notwendig befunden, die Moldauische SSR aus der Zahl der Republiken zu streichen, die mit Ehrenurkunden des ZK der KPdSU, des Ministerrates der UdSSR, des Zentralrates der Sowjetgewerkschaften und des ZK des Komsomol der Sowjetunion sowie mit Geldprämien gemäß den Ergebnissen des sozialistischen Unionswettbewerbs um die erfolgreiche Winterhaltung der Tiere, um die Vergrößerung der Produktion tierischer Erzeugnisse und ihres Ankaufs in der Winterperiode 1985/86 ausgezeichnet worden sind.

Um die Sache vom Fleck zu bringen

Wie soll man die kardinalen Aufgaben der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts erfolgreich lösen und auf dieser Grundlage die Textilindustrie intensiv entwickeln? Dieser Frage schenken die Kommunisten der ersten Spinnerei des Alma-Ataer Baumwollkombinats ihre unablässige Aufmerksamkeit.

„Unser jetziges Hauptanliegen ist die Rekonstruktion des Betriebs", sagt Bolat Belkeschew, Sekretär des Parteibüros. „Das Kollektiv der Fabrik führt sie ohne jegliche Außerbetriebsetzung und Plankorrektur durch, weil die vorhandenen Maschinen in drei Schichten eingesetzt werden, was uns natürlich eine Mehrproduktion ermöglicht. Das Parteikomitee und die Betriebsleitung sehen aber gut ein, daß das Kollektiv der Fabrik das Tempo der Umgestaltung zusehends steigern muß. Denn bereits im laufenden Jahr müssen wir den Ausstoß von Rohleinen um 24 Prozent vergrößern und ihn auf 60 Millionen Meter Stoff im Jahr bringen."

Die Parteiorganisation verbindet die Lösung dieser komplizierten Aufgabe vor allem mit der Aktivierung des Faktors Mensch, mit der psychologischen Umstellung der Kader und den neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik. Die Abteilungsparteiorganisationen und Parteigruppen erfassen durch ihren Einfluß die wichtigsten Produktionsbereiche, sorgen ständig für die Schaffung einer günstigen Atmosphäre in allen Kollektiven, kämpfen beharrlich gegen Mißwirtschaft und Verschwendung.

Dabei verlagert das Parteibüro das Schwergewicht sämtlicher organisatorischen und Erziehungsarbeit in die Brigaden, die nach den Endergebnissen entlohnt werden. Gegenwärtig gibt es ihrer 117. Die fortschrittliche Methode beeinflußte stark die Arbeitsproduktivität, die in der letzten Zeit um acht Prozent gestiegen ist. Tonangebend im sozialistischen Wettbewerb sind solche Kommunisten wie Lydia Kotschetowa, Wassil Wan-Sjan, Gennadi Basanow und Anton Schäfer, die Vorbilder des kühnen Suchens nach neuen Reserven und Möglichkeiten liefern.

Die Initiativen der Kommunisten bekommen vom Parteibüro, von der Betriebsleitung und von allen Kollektivmitgliedern energische und sachliche Unterstützung. Das kommt besonders bei der Ausbildung junger Arbeitskräfte für moderne Werkbänke und Maschinen, bei der Meisterung der fortschrittlichen Technologien, bei der Vervollkommnung der technischen Wartung und der Instandsetzung der Ausrüstungen zum Ausdruck, womit sich die Komplexbrigaden befassen.

Zahlreiche Probleme der technischen Umgestaltung harren derzeit ihrer Lösung. Zuweilen werden sie nur deshalb nicht realisiert, weil manche Ingenieure noch zu lässig denken und zu träge handeln. Gerade in diesem Fall ist das aktive Eingreifen des Parteibüros sehr nötig, um die Sache vom Fleck zu bringen und die begonnenen Vorhaben bis zu Ende zu führen. Darüber wurde ernst auf der jüngsten Parteiversammlung gesprochen.

„Die modernen Ausrüstungen, für die unser Betrieb Dutzende Millionen Rubel verausgabt hat, erfordern ein gekonntes Herangehen", sagte der Schlosser P. Alexandrow. „Um ihre störungsfreie Arbeit zu sichern, müssen wir meines Erachtens neue Reparaturwerkstätten bauen, die Lagerräume für die Ersatzteile rekonstruieren sowie über Freilagerflächen für neueingetroffene und demontierte Ausrüstungen verfügen."

Dies ist ein Beispiel der aktiven Einstellung eines Arbeiters zu Fragen der technischen Umgestaltung. Im Einklang mit den Forderungen der Zeit sprach auch der Meistergehilfe und Sekretär des Parteibüros der dritten Abteilung Anatoli Tschetyrin: „Nach der Montage der neuen Webbänke haben wir einige Defekte in den Maschinen gefunden, was natürlich auch die Qualität der Erzeugnisse beeinträchtigte. Um diese Mängel zu beseitigen, haben wir erfahrene Meister und Rationalisatoren dazu herangezogen. Um die Modernisierung der Produktion zu fördern, müssen wir das Denken unserer Ingenieure eng mit dem technischen Schöpfertum der Arbeiter verbinden."

Der Kommunist Tschetyrin sprach sich nicht im allgemeinen für die breitere Entfaltung des Rationalisierungswesens aus, sondern dafür, daß man diese Tätigkeit in die Bahnen der konkreten Angelegenheiten des Betriebs lenkt, um die Engpässe rechtzeitig zu beheben. Wichtig ist nicht die Gesamtmenge der Verbesserungsvorschläge, sondern die Qualität der Neuererarbeit.

Das ist nicht nur eine ökonomische Aufgabe, mehr Erzeugnisse mit geringerem Aufwand zu produzieren, sondern auch ein recht wichtiges politisches Anliegen. Auf der Parteiversammlung wurde hervorgehoben, daß jeder Leiter mit Leib und Seele bei der Lösung dieser Aufgaben sein soll. Deshalb wurde auch die Arbeit des Parteibüros bei der Festigung von Disziplin und Ordnung im Kollektiv und bei der Entwicklung der schöpferischen Initiative in allen Bereichen eingehend erörtert. Dabei gibt es noch viele unermittelte Reserven wie auch Unterlassungen und Fehlgriffe, und die Kommunisten haben hier alle Hände voll zu tun, denn an sie werden heute verdoppelte Ansprüche gestellt.

Es ist natürlich jedem klar, daß der Faktor Mensch nicht auf Mahnungen von der Art „Es muß sein!" und „Leiste mehr!" beschränkt. Vor allem ist das die Fürsorge um die Menschen, ihre Bedürfnisse und Belange besonders im sozialen Bereich werden leider nicht immer befriedigt. Auf den Parteiversammlungen stellten die Kommunisten Anatoli Roshkow, Auten Kuandykow, Gabit Moldachmetow und andere prinzipiell die Frage der Versorgung der Arbeiter mit Wohnungen, Plätzen in Familienheimen und der Verbesserung ihrer Freizeitgestaltung. Die Betriebsangelegenheiten fordern, daß die Aufgaben des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Kombinat in engem Zusammenhang mit der Lösung der sozialen Bedarfswünsche des Kollektivs bewältigt werden.

Friedrich LAU

Alma-Ata

Mit guten Ergebnissen im innerbetrieblichen Wettbewerb gehen die Maschinenbauer der Jugendbrigade um Woldemar Elsässer im Zelinograder Werk „Kasachselmasch" dem 69. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution entgegen. Dieses Kollektiv arbeitet erfolgreich nach einer fortschrittlichen Form der Arbeitsorganisation, bei der sämtliche Tätigkeit der Brigade nach dem Endergebnis eingeschätzt wird. Alle Brigademitglieder beherrschen vollkommen die fortschrittlichsten Arbeitsverfahren, was die Qualität ihrer Erzeugnisse positiv beeinflußt — sie werden nie beanstandet. Das ist dem Geist der kollektiven Verantwortung für die Sache zu verdanken, der in dieser Brigade herrscht.

Im Bild: Woldemar Elsässer (mitte) mit den Brigademitgliedern.

Foto: Heinrich Frost

Mit Schwung und Können

Im Sowchos hoher Ackerbaukultur „Slatopolski", einem der führendsten Agrarbetriebe des Gebiets Koktschetaw, schreiten die Umgestaltung der Wirtschaftsführung und der Aufklärungsarbeit Schulter an Schulter, wobei man großen Wert darauf legt, allen Sowchoswerktätigen ein sachliches und gewissenhaftes Verhalten zur übertragenen Sache anzuerziehen.

Seine sozialistischen Verpflichtungen für 1986 bei der Futterbeschaffung und der Getreidebergung hat das Sowchoskollektiv mit bedeutendem Zeitvorsprung erfüllt und überboten. Diese erfreulichen Leistungen haben Menschen erzielt, die wegen ihrer hingebungsvollen Arbeit im Betrieb Anerkennung und Achtung genießen.

Die Erfahrungen der Besten werden im Sowchos aktiv durch die Agitationsbrigade „Raduga" propagiert, die bereits mehrere Jahre die Direktorin des hiesigen Kulturhauses Valentina Hoffmann leitet. Dieses einträchtige Team sichert die ideologische Aufklärungsarbeit von der Frühjahrsbestellung bis zum Herbststurz auf dem Feld und auch das ganze Jahr unter den Tierzüchtern. Die Aktivisten erläutern die Dokumente des XXVII. Parteitages der KPdSU und des XVI. Parteitages der Kommunistischen Partei Kasachstans. Jedes Programm enthält mannigfaltige Informationen über die Lage im In- und Ausland, Mitteilungen über den Verlauf des sozialistischen Wettbewerbs, über die Erfahrungen der Bestarbeiter. Die Agitationsbrigadier sehen ihr Hauptziel in der Aktivierung des Faktors Mensch. Sie bemühen sich, ihre Darbietungen und Ansprachen aufs engste mit dem Leben und der Arbeit der Zuhörer zu verbinden und sie inhaltsreich und lebhaft zu gestalten. Nach der Erntebergung ehrten sie zum Beispiel die Mähdrescherfahrer Nikolaus Meng, Ewald Maier und Alexander Malyschew, die durch ihre hohen Leistungen nachahmenswerte Vorbilder den anderen Kollegen lieferten.

Die Agitatoren weisen auch außerdem auf die Mängel in der Arbeit hin, helfen aber auch diese zu beheben und Reserven zu ermitteln. Ihre Ratgeber sind dabei die Hauptspezialisten und Lehrmeister des Betriebs Heinrich Harder, Iwan Gortschakow, Robert Klein und andere. Die Laienkünstler — alles sing- und tanzfreudige junge Leute — sind den Mechanisatoren und Viehzüchtern gut bekannt. Mit viel Gefühl singen Natalia Bondartschuk, Swetlana Solowjanenko und Eduard Nowokschanow die Lieder „Goldener Weizen", „Mein Belorußland", „Wie ist doch die Erde so schön..." und andere vor. Mit Schwung werden hier auch die lustigen und witzigen Tschastuschki vorgetragen. Die Brüder Oleg, Alexander und Jewgeni Kulbig zeigen aufschlußreiche Inszenierungen zum Thema „Kampf gegen Trunksucht und Arbeitsbummelei".

Die meisten Mitglieder der Agitationsbrigade sind Jungarbeiter, haben aber schon gediegene Erfahrungen in der Aufklärungsarbeit gesammelt. Mehrere Jahre hindurch war dieses Kollektiv das Zweitplazierte im Gebietswettbewerb und wurde in diesem Jahr Preisträger im zweiten Unionsfestival der Agitationsbrigaden, das in Pawlodar stattfand. Derzeit suchen alle Mitglieder der „Raduga" nach neuen schöpferischen Lösungen.

Heinrich EDIGER

Gebiet Koktschetaw

Aktivisten der Produktion

Meister bleibt überall Meister

Die Sitzung des technischen Rates dauerte bereits über zwei Stunden. Draußen dämmerte es schon, doch im Arbeitszimmer des Chefingenieurs des Watschassow-Sowchos konnte man noch immer nicht zum einheitlichen Entschluß kommen: Wer sollte das Amt des Wärmeingenieurs übernehmen? Der Winter war nicht mehr weit, doch die Wärmeleitung war noch immer nicht instandgesetzt, das zentrale Kesselhaus mußte renoviert werden. Überhaupt bereitete dieser auf den ersten Blick unauffällige Abschnitt viele Sorgen. Im vorigen Winter hatte es nicht selten Störungen bei der Beheizung von Wohnungen gegeben. Dafür aber wechselte man oft die für diesen Abschnitt verantwortlichen Personen.

„Wollen wir Wangler drum bitten", machte jemand zaghaft den Vorschlag. „Die Technik kennt er und ist ein zuverlässiger Mann."

Doch es gab auch Einwände: Wangler sei ein Getreidebauer, wie es sie nicht viele gibt. Träger der Orden der Oktoberrevolution, des Roten Arbeitsbanners und „Zeichen der Ehre". Vielen Burschen des Dorfes hat er den Getreidebauernberuf beigebracht. Kurzum, die meisten Teilnehmer der damaligen Sitzung des technischen Rates zweifelten an der Zweckmäßigkeit der Versetzung Wanglers auf den Posten des Wärmeingenieurs. Am meisten zweifelte man, ob Wangler selbst einwilligen werde.

Wangler willigte ein.

„Da man mich darum ersucht hat, ist es also notwendig", sagte er.

Mit dem Verdienst war Wangler dabei im Nachteil, da brauchte man nicht nachzurechnen. Jetzt würden ihn auch keine Korrespondenten mehr aufsuchen. Heizungsfachmann ist kein solides Amt. Doch die Zeit verging, und man sprach wieder von Wangler. Diesmal jedoch nicht in Verbindung mit der Ernte.

Aber alles der Reihe nach.

„Die Unzulänglichkeit der Wärmeversorgung im Dorf besteht darin, daß die Kesselhäuser nach längst veralteten Maßstäben gebaut worden sind", sagte der Chefingenieur des Sowchos Johann Raile. „Die Kessel ‚Universal' und ‚Tula' sind nur so lange gut, bis sie überbelastet werden. Will man zum Beispiel die Belastung des Kesselhauses vergrößern, muß man auch einen neuen Kessel ‚Universal' montieren. Wangler hat das berücksichtigt und jetzt ersetzt ein Kessel seiner Konstruktion 25 ‚Universals'. Natürlich mit allen daraus resultierenden Vorteilen."

Tatsächlich. Urteilen Sie selbst: Früher arbeiteten im Kesselhaus des Sowchos 36 Heizer, heute nur sechs bis acht, trotzdem sich die Zahl der zu beheizenden Objekte auf das Vierfache vergrößert hat. Dabei wurden im vergangenen Winter 2 500 Tonnen Kohle eingespart.

Alles hatte so begonnen: Vor etwa fünf oder sechs Jahren hatte man eine ausgediente Lokomotive in den Sowchos gebracht. Der Kessel sowie die andere Ausstattung waren intakt, und man verwandelte ihn in einen Heizkessel. Doch der Sowchos wuchs, und die Wärme reichte nicht mehr aus. Man mußte solche Kessel anschaffen, die hohe Wassertemperaturen und einen guten Druck gewährleisteten. Nach diesen beiden wichtigsten Faktoren orientierten sich bei ihrer Suche der Wärmeingenieur Wangler und seine Gehilfen Eugen Bonnert, Woldemar Sittner, Alexander Thillmann und Anatol Scherer. Es gelang ihnen auch bald, ein Aggregat mit hohem Nutzeffekt zu bauen. Tatkräftige Hilfe hatte ihnen dabei auch der Chefingenieur Johann Raile erwiesen.

Jetzt kommt man aus vielen Betrieben des Gebiets zu Wangler, um seine Erfahrungen zu übernehmen, wie man früher gekommen war, um die „Geheimnisse" der Erzielung hoher Ernteerträge zu erfahren.

Anatoli ADAM

Gebiet Kustanai

Atheismus: Theorie und Praxis

Die sozialistische Einstellung zur Frage der Gewissensfreiheit

Im System der sowjetischen sozialistischen Demokratie nimmt das Verfassungsprinzip der Gewissensfreiheit einen wichtigen Platz ein. Artikel 52 des Grundgesetzes unseres Landes garantiert allen Bürgern der UdSSR das Recht, sich zu einer beliebigen oder keiner Religion zu bekennen, religiöse Kulthandlungen auszuüben oder atheistische Propaganda zu betreiben. Zur Gewährleistung der Gewissensfreiheit ist in der sowjetischen Gesellschaft die Kirche vom Staat und die Schule von der Kirche getrennt; es ist verboten, Haß und Feindschaft im Zusammenhang mit dem Glaubensbekenntnis zu schüren. Die konsequente Realisierung des sozialistischen Prinzips der Gewissensfreiheit in Verbindung mit den grandiosen sozialökonomischen und kulturellen Umgestaltungen war eine der Hauptursachen des massenhaften Abkehrens der Werktätigen unseres Landes von der Religion und der umfassenden Entwicklung des Atheismus.

Zugleich damit hält ein gewisser Teil der Bevölkerung unseres Landes an religiösen Auffassungen fest. Zur Zeit gibt es in der UdSSR etwa 20 000 verschiedene religiöse Vereinigungen, die 45 konfessionelle Strömungen vertreten. Es wirken 18 höhere und mittlere religiöse Lehranstalten, 16 Klöster. Für den Bedarf der religiösen Zentren wird religiöse Literatur gedruckt, werden Kulturgegenstände hergestellt.

Die demokratische Politik des Sowjetstaates in allen Bereichen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens der Gesellschaft findet das tiefe Verständnis und die Billigung der überwiegenden Mehrheit der Gläubigen und der Geistlichen unseres Landes, die es für ihre Pflicht halten, gewissenhaft ihre Bürgerpflichten zu erfüllen. Eine Ausnahme bildet ein kleiner Teil religiöser Fanatiker und verschiedener pseudoreligiöser Elemente, die extremistisch gestimmt sind und böswillige gesellschaftswidrige Tätigkeit betreiben. Das sind einige Leiter und Aktivisten des „Rates der Kirchen der evangelischen Christen-Baptisten", der Adventisten-Reformisten, der „Zeugen Jehovas", der Pfingstbrüder und anderer kleiner Sektierergruppen.

Die theoretische Grundlage, wenn man sie als solche bezeichnen kann, des religiösen Extremismus wurde eigentlich im Westen geschaffen. Fast alle Auffassungen, Ideen und Argumente, mit denen diese religiösen Fanatiker operieren, sind eigentlich eine Nacherzählung entsprechender Thesen der bürgerlichen Propaganda.

Die Leiter des „Rates der Kirchen" erklären zum Beispiel, Artikel 52 des Grundgesetzes unseres Landes verankere angeblich die Ungleichheit der Bürger, da das Recht der Gläubigen, religiöse Kulte zu pflegen in diesem Artikel dem stärkeren Recht der Atheisten „antireligiöse Propaganda zu führen" gegenübergestellt sei.

Um die Gerechtigkeit der sozialistischen Formulierung der Gewissensfreiheit zu verstehen, muß man vor allem beachten, daß dem Atheismus zum Unterschied von der Religion weder Riten noch Bräuche zugrunde liegen. Seine einzige Form sind mündliche oder schriftliche atheistische Propaganda, ohne die er undenkbar ist. Dagegen war und bleibt die Ausübung der entsprechenden Kulthandlungen die Hauptform der Existenz der Religion. Gerade in der Ausführung des jeweiligen Kultes liegt der ganze Sinn des religiösen Glaubens.

Folglich verankert der Artikel 52 des Grundgesetzes der UdSSR die Hauptformen der Existenz der religiösen und atheistischen Auffassungen und stellt sie einander gleich, was den tiefen Sinn und die sorgfältige Berücksichtigung der Interessen der Gläubigen durch den Sowjetstaat, wie auch der Nichtgläubigen, sein durchdachtes und demokratisches Herangehen an die Gewährleistung der Gewissensfreiheit für alle Sowjetmenschen widerspiegelt.

Im Bestreben, die Vorteile des sozialistischen Prinzips der Gewissensfreiheit zu verleumden und die Gläubigen zu betrügen, engen die westlichen bürgerlichen Propagandisten und die führenden Persönlichkeiten der religiösen Extremisten des öfteren absichtlich den Sinn des durch die Verfassung der UdSSR verankerten Rechts, religiöse Kulte auszuüben, ein. Besonders beharrlich nutzen diese Methode die Häuptlinge der Adventisten-Reformisten, die im Artikel 52 des Grundgesetzes eine Beschränkung der Gläubigen sehen, religiöse Propaganda zu führen.

Die Falschheit dieser Argumente ist leicht zu beweisen. Jeder Gottesdienst, jede Betstunde wird von Predigten begleitet. Und diese Predigten sind nichts anderes als religiöse Propaganda. Außerdem, wie bereits erwähnt wurde, geben die religiösen Zentren regelmäßig religiöse Zeitschriften, Betbücher, Kirchenkalender und andere Drucksachen heraus. In den kirchlichen Lehranstalten, die Geistliche ausbilden, unterrichtet man in theologischen Disziplinen. All das ist auch religiöse Propaganda, die als unabtrennbarer Bestandteil des Rechts besteht, „religiöse Kulte auszuüben".

Etwas ganz anderes ist es, daß die sowjetischen Gesetze einige Einschränkungen sowohl für die religiöse als auch für die atheistische Propaganda festlegen. Dabei sind diese Einschränkungen zweckentsprechend. Im Hinblick darauf, daß die Mehrheit der Bevölkerung unseres Landes heute nichtgläubige Menschen sind, und viele von ihnen entschieden gegen die Verbreitung nichtwissenschaftlicher religiöser Auffassungen auftreten, sieht unsere Gesetzgebung die Propaganda der Religion nur in speziellen Räumlichkeiten wie Kirchen, Moscheen, Sunagogen, Bethäusern, Klöstern, geistlichen Lehranstalten usw. vor. Zugleich ist es den Atheisten verboten, atheistische Propaganda an den Orten durchzuführen, die für die Ausübung religiöser Kulte bestimmt sind. Dadurch wird die gerechte Vereinigung der Interessen sowohl der Gläubigen als auch der nichtgläubigen Bürger gewährleistet, was abermals vom demokratischen Herangehen des Sowjetstaates an das komplizierte Problem der Gewissensfreiheit spricht.

Ein Objekt besonders verleumderischer Angriffe der ideologischen Gegner ist die sowjetische Gesetzgebung über die religiösen Kulte. Unsere Gegner bezeichnen diese Gesetzgebung als eine außerordentliche Maßnahme des Sowjetstaates zur Schmälerung der Rechte der Gläubigen. Dabei läßt man heuchlerisch die Tatsache unbeachtet, daß es praktisch in allen Ländern der Welt eigene Gesetze gibt, die die Ordnung der Gründung und der Tätigkeit religiöser Organisationen festlegen. In manchen Fällen sind diese Gesetze viel umfangreicher als die sowjetische Gesetzgebung über die religiösen Kulte. Zum Beispiel: Unsere Normativakten über die Religion und die Kirche zählen insgesamt einige Dutzend Artikel, das Kirchengesetz Englands erfaßt etwa anderthalbtausend Artikel. Allein das zeigt, wieviel genauer und sorgfältiger in England die Lage der religiösen Gemeinden und der Gläubigen reglementiert ist.

Viele Bestimmungen der ausländischen Gesetze über Religion und Kirche sind den sowjetischen ähnlich. Wie auch in der UdSSR ist zum Beispiel überall die obligatorische Bedingung verankert, vor Beginn der Tätigkeit der Gläubigenvereinigungen ihre Registrierung in den zuständigen Staatsorganen. Wobei in der Sowjetunion die Registrierung der religiösen Organisationen unentgeltlich ist, in einigen kapitalistischen Ländern (den USA, Japan u. a.) muß dafür eine besondere Gebühr entrichtet werden.

In vielen Staaten, darunter auch in kapitalistischen, ist die Ausübung religiöser Kultushandlungen nur in Gebäuden und an Orten mit spezieller religiöser Bestimmung gestattet und darf die öffentliche Ordnung nicht stören. Die registrierenden Organe und andere staatliche Behörden haben das Recht, die Tätigkeit der religiösen Organisationen zu kontrollieren. In der BRD zum Beispiel setzt die geltende Gesetzgebung die Pflicht der Kirche fest, die Regierung des entsprechenden Bundeslandes rechtzeitig über die Ernennung der geistlichen Würdenträger in Kenntnis zu setzen.

Es sei auch darauf hingewiesen, daß einige kapitalistische Staaten, die sich als Bollwerke der Freiheit und Demokratie aufspielen, bezüglich der religiösen Organisationen so strenge Regel festlegen, daß man sich kaum den Lärm vorstellen kann, den die bürgerliche Propaganda und deren Helfershelfer aus der Zahl der religiösen Extremisten machen würden, wenn es solche strengen Regel in der sowjetischen Gesetzgebung geben sollte. Die Registrierung der religiösen Organisationen in der UdSSR findet zum Beispiel nur auf Grund der freiwilligen Erklärung der Gläubigen statt, und nur mit der Benennung, die sie selber vorschlagen. In England ist die Ordnung diesbezüglich eine andere. Artikel 332 des englischen Kirchengesetzes verankert, daß die religiöse Organisation direkt durch eine Aktion der Zivilmacht geschaffen werden kann, die den Personen den religiösen Glauben in irgendeiner allgemeinen Form aufzwingt. Außerdem sieht das Kirchengesetz das Recht des Staates vor, eine Organisation von Menschen, die sich aus religiösen Interessen vereint haben, anzuerkennen und zu registrieren, sogar wenn sie dagegen sind, sie durch eine besondere Benennung, zu kennzeichnen. (Artikel 309). Es wirft sich die Frage auf, welche Gesetzgebung ist diesbezüglich demokratischer — die sowjetische oder die englische?

Sogar eine ganz kurze Betrachtung der Gesetze einiger Staaten über Religion und Kirche berechtigt uns zur Schlußfolgerung, daß die Regelung der Tätigkeit der religiösen Organisationen nach außen hin durch die sowjetische Gesetzgebung keine außerordentliche Erscheinung ist. Nicht von ungefähr heißt es im „Internationalen Pakt über die zivilen und politischen Rechte", verabschiedet von der UNO im Jahre 1974: „Die Freiheit, sich zu einer Religion und zu Überzeugungen zu bekennen... unterliegt Einschränkungen, die durch das Gesetz festgelegt sind, das zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, Ordnung, der Gesundheit sowie der Grundrechte und Freiheiten anderer Persönlichkeiten notwendig ist."

Aber der Demokratismus der sozialistischen Einstellung zur Frage der Gewissensfreiheit besteht nicht nur in der Befolgung der internationalen Dokumente, sondern auch in den Wechselbeziehungen der Gewissensfreiheit mit den anderen sozialen und politischen Rechten und Freiheiten der Bürger, die in der Verfassung der UdSSR verankert sind. Der sowjetische sozialistische Staat zählt die Gewissensfreiheit als ein wichtiges Bürgerrecht neben den anderen verfassungsmäßigen Rechten und Freiheiten. Für unsere Gesellschaft sind sowohl die Gewissensfreiheit als auch die Unantastbarkeit der Persönlichkeit, das Recht auf Arbeit, das Recht auf Erholung, auf Bildung, auf Gesundheitsschutz gleich wichtig. Die Tätigkeit des Sowjetstaates ist auf die gleiche Sicherung aller Rechte und Freiheiten des Menschen und auf die strenge Kontrolle der Erfüllung aller Bürgerpflichten durch jeden einzelnen abgezielt. Gerade darin besteht einer der wichtigsten Vorzüge der sozialistischen Demokratie und ein markantes Merkmal der sozialen Politik der Partei und des Staates.

Gennadi LUPAREW,
Kandidat der Rechtswissenschaften

Interview mit mir selbst

Im Bann der Landwirtschaft

Unser Sowchos „Jamyschewski" spezialisiert sich auf Viehzucht, konkret — auf Produktion von Milch. Über 3 700 Tonnen dieses wertvollen Produkts liefern wir jährlich an den Staat, dazu noch 500 Tonnen Fleisch.

In den letzten Jahren geht es bei uns in der Viehwirtschaft gleichmäßig bergauf. In Unterstützung des Appells des ZK der KPdSU an die Werktätigen der Sowjetunion, den sozialistischen Wettbewerb um die vorfristige Erfüllung der Aufgaben des zwölften Fünfjahrplans weitgehend zu entfalten, hat das Kollektiv des Sowchos erhöhte Verpflichtungen übernommen, die es auch erfolgreich verwirklicht.

Worauf gehen unsere Fortschritte zurück? Vor allem, und dies ist meine feste Überzeugung, auf die Aktivistenarbeit unserer Menschen. Auf den Farmen sind qualifizierte Kader tätig. Beispielsweise die Melker-Familiendynastie Jurk, deren gute Leistungen sich weit und breit sehen lassen. Hohes Ansehen genießt im Kollektiv auch die Melkerin Lydia Schütz, die bereits seit fast drei Jahrzehnten auf der Farm ihr Bestes gibt und ihre reichen Erfahrungen bereitwillig an ihre jüngeren Berufskollegen vermittelt. Übrigens bewährt sich die Jugend bei uns auf allen wichtigen Produktionsabschnitten gut. Veranschaulichen möchte ich das am Beispiel der Melkerin Tatjana Leinweber. Sie leitet eine auftraglose Arbeitsgruppe, in der jede Melkerin mindestens 3 000 Kilogramm Milch pro Kuh und Jahr anstrebt.

Warum ich in erster Linie die Melkerinnen nenne, dürfte wohl klar sein. Ist doch die Melkerin die Hauptfigur auf der Farm. Das bedeutet keineswegs, daß der Beitrag der Kälberwärterinnen bzw. der Viehpfleger weniger gewichtig ist. Denn wäre dem so, würden die Zumastgewichte bei den Rindern nicht so rasch anwachsen. Ferner möchte ich unsere Leiter und Spezialisten hervorheben. Ein Beispiel nur: Jakob Haas. Kürzlich wurde ihm die Leitung der ersten Sowchosabteilung übertragen, und sofort zeichnete sich hier eine Wende zum Besseren ab. Sämtliche Produktionskennziffern übertreffen die vorjährigen.

Bemerkenswert ist dabei, daß die meisten unserer Leiter und Fachleute Stammeinwohner des Sowchos sind — ein Beweis dafür, daß die Jugend nach dem Abitur im heimatlichen Dorf zurückbleibt und gern in der Pflanzen- und Tierproduktion arbeitet. Wodurch läßt sich das erklären? Genannt seien zwei Momente, die mir am wichtigsten scheinen. Zum ersten sind das die vortrefflichen Arbeitsbedingungen auf den Farmen. Die Stallungen sind geräumig und hell, die Arbeitsgänge darin — vollmechanisiert. Großes Gewicht wird auch auf die Lösung sozialer Probleme gelegt. Nowojamyschewo, die Zentralsiedlung des Sowchos, wird von Tag zu Tag schöner. Unlängst hat hier ein Kultur- und Sportkomplex seine Pforten geöffnet.

Zweitens handelt es sich um die planmäßige und wohlüberlegte Arbeit zwischen Sowchosleitung und Pädagogenkollektiv bei der Berufsorientierung der Schüler; in jüngster Zeit hat sie sich besonders belebt.

Es wäre falsch, zu behaupten, daß wir auf diesem Gebiet früher nichts geleistet hätten. Doch muß ich zugeben, daß diese Zusammenarbeit sich bisher hauptsächlich auf seltene Begegnungen von Schülern, Veteranen der Tierzucht und Schrittmachern der Produktion beschränkte. Nunmehr kommt es bei den Begegnungen zu engagierten Aussprachen. Die Mädchen und Jungen unterhalten sich mit uns Tierzüchtern in Berufssprache und mit viel Sachkenntnis. Was Wunder: Erlernen sie doch bereits in der Schule das ABC eines Melker- bzw. Tierpflegerberufes.

Einen wichtigen Platz nimmt dabei das Praktikum ein, das sie unmittelbar auf der Farm ableisten. Hier werden sie erfahrenen Lehrmeistern zugeteilt, die sie mit den Kniffen und Griffen der Arbeit vertraut machen. Das Hauptprinzip des Praktikums ist Selbständigkeit, wobei jeder Arbeitsgang von A bis Z selbständig ausgeführt wird. Wenn die entsprechenden Fertigkeiten da sind, versteht sich.

Ich muß offen gestehen: Zuerst hatten wir befürchtet, die Tierleistungen könnten zur besagten Zeit zurückfallen, was natürlich spürbare Gewinneinbußen zur Folge hätte. Zum Glück waren unsere Befürchtungen umsonst. Ganz im Gegenteil: Die Schüler erhielten höhere Erträge als ihre Lehrmeister. Man müßte ihre Freude über diesen Sieg miterlebt haben! Wohl gerade in solchen Augenblicken beginnt in der jungen Seele die Liebe zum Beruf zu keimen, kommen Verständnis für dessen Bedeutung und Selbstvertrauen auf.

Daher möchte ich zusammenfassend sagen: Je mehr solche jungen Kräfte in unser Arbeitskollektiv fließen, je mehr Wissen und Fertigkeiten sie in ihrem Gepäck haben, um so größer ist die Garantie, daß die anspruchsvollen Ziele, vor denen wir stehen, erreicht werden.

Alexander SCHEIERMANN,
Chefzootechniker des Sowchos „Jamyschewski"

Gebiet Pawlodar

Aus aller Welt

Panorama

Das Wettrüsten beenden

Nach dem Treffen der höchsten Repräsentanten der UdSSR und der USA in Reykjavik ist in der Welt eine neue Situation entstanden. Die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow im sowjetischen Fernsehen war ein markanter Beweis dafür. Das erklärte der Generalsekretär der Italienischen Kommunistischen Partei (IKP) Alessandro Natta in einem Gespräch mit TASS-Korrespondenten. In der Rede sei überzeugend die Möglichkeit nachgewiesen worden, das von dem Militär-Industrie-Komplex aufgezwungene Wettrüsten zu beenden.

Die UdSSR, so Alessandro Natta weiter, unterbreitete weitgehende Vorschläge, die in Kraft bleiben. Sie habe ihr Streben bekundet, einen konstruktiven Dialog mit dem Westen zu führen und eine entscheidende Wende in den internationalen Beziehungen einzuleiten.

Die Vereinigten Staaten mußten zugeben, daß es in Reykjavik buchstäblich an einem Schritt gefehlt hatte, um Vereinbarungen von historischer Tragweite zu erzielen, fuhr Alessandro Natta fort. In der Tat seien zum ersten Mal in der Geschichte nicht nur Vereinbarungen über Begrenzungen der nuklearen Rüstungen abgestimmt, sondern auch eine Perspektive für die vollständige Befreiung der Menschheit von den Kernwaffen abgesteckt worden, die viele vor kurzem noch für eine Utopie hielten.

Nach dem Treffen in Island wird sich kaum jemand finden, der es bestreiten würde, daß ein neues Denken im nuklearen Zeitalter nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist, sagte der IKP-Generalsekretär ferner. Dort, in Reykjavik sei eine grundsätzlich neue Linie der möglichen Entwicklung der internationalen Beziehungen demonstriert worden. Dies sei eine Tatsache von immenser Bedeutung. Alessandro Natta verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß allen gleichzeitig auch das Hindernis sichtbar wurde, das der Erreichung eines umfassenden Abkommens im Wege steht.

Dieses Hindernis sei das amerikanische SDI-Projekt, das als Plan der Sternenkriegs-Vorbereitung bekannt ist. Um diesen komplizierten Knoten zu entwirren, müsse man Beharrlichkeit und Geduld aufbringen, die dazu notwendig sind. Einen anderen Ausweg gebe es nicht. Andere Länder, so auch Italien, und alle Völker der Welt müssen sich an der Lösung dieser schwierigen Aufgabe beteiligen, betonte der IKP-Generalsekretär abschließend.

Zwei Haltungen zum Problem der Kernexplosionen

Während des sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens in Island hat der führende sowjetische Repräsentant M. S. Gorbatschow vorgeschlagen, die UdSSR und die USA sollten unverzüglich Verhandlungen über das Verbot der Nukleartests aufnehmen. Die sowjetische Seite legte Flexibilität und Bereitschaft zur Suche nach gegenseitig annehmbaren Lösungen an den Tag, indem sie sich bereit erklärte, in einer Etappe der Verhandlungen das Problem der „Limits" der Stärke der Kernexplosionen, die Frage der jährlichen Zahl der Kernexplosionen und das Schicksal der Verträge über die Begrenzung der Stärke der unterirdischen Kernwaffentests und über die Kernexplosionen für friedliche Zwecke zu erörtern, die durch Verschulden der USA nicht ratifiziert wurden. Auf diese Weise wirkte die sowjetische Seite auf einen umfassenden Vertrag über das vollständige und endgültige Verbot der Nukleartests hin.

In Reykjavik waren die Seiten einer gegenseitig annehmbaren Formel zu diesem Problem nahe. So hat die Sowjetunion unter anderem erklärt, daß sie nicht die Vorbedingung für die Aufnahme der Verhandlungen über das vollständige und endgültige Verbot der Kernexplosionen stellt, wonach sich die USA zuerst dem sowjetischen Moratorium für alle Kernexplosionen anschließen sollten.

Die klaren und deutlichen Vorschläge der Sowjetunion zum Problem der nuklearen und Weltraumwaffen, die vom führenden sowjetischen Repräsentanten in Reykjavik unterbreitet wurden, wurden von der Weltöffentlichkeit als ein reales Programm für die Verringerung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges und für eine Wende in den internationalen Beziehungen gewertet, das es ermöglichen würde, die Bewegung in Richtung einer kernwaffenfreien Welt aufzunehmen.

Offizielle Vertreter der USA mußten sich so manches einfallen lassen, um die obstruktionistische Haltung der USA-Administration in der Frage der „Sternenkriege", die weitreichende Übereinkünfte auf dem Gebiet der Abrüstung, darunter auch zum Problem der Einstellung der Nukleartests, verhindert hatte, vor den Augen der Weltöffentlichkeit schöner erscheinen zu lassen. Zugleich hört man in den Reden der Washingtoner Politiker nichts mehr davon, daß die Einstellung der Nukleartests angeblich das Endziel der Reagan-Administration sei. Immer öfter sprechen sie offen davon, daß sie die Nukleartests für eine Modernisierung der Massenvernichtungswaffen, d. h. praktisch für einen endlosen nuklearen Rüstungswettlauf, brauchen.

In seinen öffentlichen Äußerungen nach dem Abschluß des sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens in Island gebrauchte der USA-Außenminister George Shultz mehrmals das Wortspiel, das ihm offensichtlich gefallen hat: In der Frage des Verbots der Nukleartests, hätten die Seiten in Reykjavik eine Übereinkunft über die Noten, nicht aber über die Melodie erzielt. Es gibt allen Grund zur Annahme, daß Shultz unter seiner Lieblings-„Melodie" das andauernde Dröhnen der Kernexplosionen auf dem amerikanischen Versuchsgelände in Nevada versteht.

Bereits seit rund 16 Monaten herrscht Stille auf dem sowjetischen nuklearen Versuchsgelände. Die Sowjetunion wird dieses Moratorium für alle Kernexplosionen bis zum 1. Januar 1987 einhalten. Unterdessen wird die Erde auf dem amerikanischen Versuchsgelände in Nevada durch weitere Kernexplosionen erschüttert.

„Die Melodie des Verbots der Nukleartests, die die Russen spielen wollen, unterscheidet sich stark von der Melodie, die die Vereinigten Staaten spielen wollen." Dieser Erklärung Shultz, gegenüber der Fernsehgesellschaft CBS muß man schon zustimmen.

Wladimir BOGATSCHOW,
TASS-Kommentator

In den Bruderländern

Serienproduktion aufgenommen

PRAG. Im Werk der tschechoslowakischen Stadt Tynec an der Sazava ist die Serienproduktion eines neuen Modells des Motorrades „Jawa-638" aufgenommen worden. Diese Neuentwicklung ist sparsamer als ihre Vorgänger: Je 100 Kilometer verbraucht sie nur etwas mehr als vier Liter Benzin. Leichter ist auch das Gewicht des neuen Motorrades. Das wurde möglich durch die Anwendung einiger Baugruppen aus Aluminium in der Konstruktion.

Das neue Modell, mit dem die perspektivischen Produktionspläne des Werks verbunden sind, wurde allseitig auf den Prüffeldern in der Sowjetunion getestet. Das Motorrad bestand diese schweren Prüfungen in Ehren. Unter Berücksichtigung der Vorschläge der sowjetischen Fachleute und Käufer wurde eine Reihe von Vervollkommnungen in diesem Modell vorgenommen. Die UdSSR ist der wichtigste ausländische Partner des tschechoslowakischen Betriebs.

Große Vorhaben anvisiert

BELGRAD. In Jugoslawien ist die Touristensaison zu Ende gegangen: Die Meeresstände sind leer, immer seltener begegnet man auf den Straßen der Hauptstadt und anderer Städte komfortablen Bussen der führenden Touristenagenturen des Landes. Nach der Ansicht der Fachleute war der vergangene Sommer für das Land günstig. Während die statistischen Dienste endgültige Ergebnisse zusammenfassen, stellen die Mitarbeiter von Touristeneinrichtungen und Vertreter der Wirtschaftsorganisationen bereits Pläne für das nächste Jahr und die darauffolgende Periode auf. Die Bauschaffenden haben mit der Errichtung des größten Touristenzentrums Jugoslawiens im Küstendorf Orasac unweit der Museumsstadt Dubovnik begonnen. Laut Entwurf soll an der Meeresküste eine Reihe von Hotels, Motels und Cottages entstehen, die rund 5 000 Personen auf einmal unterbringen werden.

Große Aufgaben sind auch in dem von den Zagreber Fachleuten aufgestellten Programm der Entwicklung des Auslandstourismus in der SFRJ bis zum Jahre 1990 enthalten. Seine Realisierung wird die Zahl der Hotelplätze bis 135 000 erweitern helfen.

Für Verehrer der Bühnenkunst

WARSCHAU. Mit der Oper „Halka" des Klassikers der polnischen Musik Moniuszko eröffnet das Warschauer Große Theater traditionell seine neue Saison. Das bekannte schöpferische Kollektiv wird den Opern- und Ballettliebhabern sieben Erstaufführungen bieten. Die erste davon ist die Oper Mozarts „Die Zauberflöte" unter Beteiligung der populären polnischen Sängerin Zdzislawa Donat. Zu einem großen Ereignis im Theaterleben Polens soll das Ballett Prokofjews „Aschenbrödel" werden, aufgeführt vom Volkskünstler der UdSSR und Choreographen K. Sergejew.

In der neuen Spielzeit werden auch bekannte ausländische Kollektive auf dieser Bühne auftreten. Die Einwohner von Warschau werden das Schaffen der Künstler aus dem Nowosibirsker Akademischen Opern- und Ballettheater, der Ballettruppe aus Berlin, des Theaters „Sadler's Wells" aus London und der Wallonenoper aus Lüttich kennenlernen.

Computer überwachen Erdbeben

BUDAPEST. Das automatisierte Netz von Erdbebenwarten, dessen Schaffung in Ungarn vor ihrem Abschluß steht, wird es ermöglichen, auch das geringste Erdbeben in beliebiger Region des Erdballs genau zu registrieren und dessen Charakter zu bestimmen. Die in verschiedenen Teilen des Landes montierte Apparatur ist mit scharfen Fühlern und Sonderfunkstellen versehen, die alle Informationen ohne Einmischung des Menschen an das Budapester Observatorium weiterleiten. Die Verarbeitung der eintreffenden Angaben mit einem Computer liefert Informationen über Zeit, Ort und Stärke der Erdstöße.

Gesamtnationale Antikriegskundgebung

BRD. Ohne Antikriegsbewegung, ohne persönliche Teilnahme aller Bürger daran, sei mit dem wahnwitzigen Wettrüsten nicht Schluß zu machen. Diese Worte enthält die Erklärung, die einmütig von allen gebilligt wurde, die an der gesamtnationalen Antikriegskundgebung in Hasselbach teilnahmen. Etwa 200 000 Mann waren aus allen Landesteilen in Hasselbach, an dem in der Nähe dieses kleinen Städtchens gelegenen amerikanischen Militärstützpunkt eingetroffen, wo das Pentagon mit der Stationierung von 96 Atomflügelraketen begonnen hat. Hier, in einem gebirgigen Waldkomplex werden Gefechtsstände, Betonbunker und Deckungen für die „Tomahawks" errichtet; ein Teil davon ist bereits aus Übersee in der BRD eingetroffen. An der Antikriegsaktion beteiligen sich Vertreter der breitesten Kreise der bundesdeutschen Öffentlichkeit, Mitglieder verschiedener Parteien und Organisationen, die der großen Gefahr bewußt sind, die ihr Land infolge des vernunftswidrigen Militärkurses der USA und der NATO bedroht. Die Friedens- und Abrüstungsverfechter forderten eine unverzügliche Beseitigung der tödlichen amerikanischen Erstschlagwaffen aus ihrem Land, die Einstellung der Atomtests durch die USA und die Abschaffung der für die ganze Menschheit wachsenden militärischen Bedrohung.

Im Bild: „Kinder wollen Frieden und den Erhalt der Natur" — unter dieser Losung fand im Rahmen der Manifestation ein Antikriegsfestival junger bundesdeutscher Bürger statt.

Foto: TASS

In wenigen Zeilen

NEW YORK. Eine große Gruppe sozialistischer und nichtpaktgebundener Staaten, einschließlich der UdSSR, hat im 1. Ausschuß der UNO-Vollversammlung einen Resolutionsentwurf eingebracht, die Entwicklung und Produktion neuer Massenvernichtungswaffen und neuer derartiger Waffensysteme zu verbieten. In dem Dokument werden alle Staaten aufgerufen, die wissenschaftlichen und technischen Leistungen nur für friedliche Zwecke zu nutzen.

MAPUTO. Joaquim Alberto Chissano ist der neue Vorsitzende der FRELIMO-Partei und Präsidenten der Volksrepublik Mocambique, meldete Radio Mocambique. Ein entsprechender Beschluß wurde von einer außerordentlichen Plenarsitzung des ZK der FRELIMO-Partei in Maputo gefaßt.

ROM. Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Erforschung des Weltraums — dies sind die Hauptthemen eines in dem italienischen Padua begonnenen internationalen Symposiums. Es ist mittlerweile das 6. Treffen der Vertreter von Interkosmos — eine Vereinigung sozialistischer Länder —, der nationalen Luft- und Raumfahrtbehörde der USA und der japanischen Raumfahrthbehörde teilnehmen.

Shultz kontra Shultz

Die hochgestellten Vertreter Washingtons, die die Ergebnisse des Treffens in Reykjavik zu verdrehen suchen, geraten jetzt in eine mißliche Lage, wo sie ihre eigenen Worte widerrufen müssen. Das jüngste Beispiel hierzu ist die Rede des USA-Außenministers George Shultz im Commonwealth-Club in San Francisco.

Der Chef des außenpolitischen Amtes der USA widersprach seinen eigenen früher abgegebenen Erklärungen, indem er die Position der Administration zu rechtfertigen suchte, die sich von den in Reykjavik erzielten Vereinbarungen distanzierte. Er erklärte zum Beispiel, daß der amerikanische Präsident auf dem Treffen in Reykjavik nur dem Vorschlag über die Liquidierung der interkontinentalen ballistischen Raketen zugestimmt habe. „Der Präsident schlug vor, mit der Zeit alle ballistischen Raketen zu liquidieren", behauptete Shultz.

Es genügt jedoch an die Pressekonferenz des USA-Außenministers selbst zu erinnern, die er gleich nach dem sowjetisch-amerikanischen Treffen in Reykjavik gab, um zu begreifen, daß wir es mit einer Verdrehung von Tatsachen zu tun haben. Shultz erklärte damals, daß bei den Verhandlungen eine prinzipielle Übereinkunft erzielt wurde, im Laufe von zehn Jahren „alle strategischen Offensivrüstungen und ballistischen Raketen" zu beseitigen. Das schließt bekanntlich sowohl die interkontinentalen ballistischen Raketen als auch die Bomber mit Kernwaffen an Bord und die mit Kernraketen bestückten U-Boote mit ein. Es sei auch daran erinnert, daß auch Präsident Reagan selbst nach einem Zeugnis Senator Sam Nanns in einem Gespräch mit ihm gleich nach Reykjavik zugab, daß sich die amerikanische Seite auf dem Treffen einverstanden erklärt habe, innerhalb von zehn Jahren sämtliche strategische Offensivwaffen zu beseitigen.

„Die Sowjetunion zitierte aus den Äußerungen Reagans in Reykjavik, die alle Dementis des Weißen Hauses gegenstandslos machen", schreibt die Zeitung „New York Times" dazu. „Die USA-Politiker, die ihre Berichte über das geschehene in Reykjavik ändern, haben das Vertrauen zu ihrer Version untergraben."

Das Ziel der Erklärungen, man habe den Präsidenten „falsch verstanden", liegt klar auf der Hand, nämlich einen möglichen Fortschritt in Fragen der Begrenzung der Rüstungen aufgrund des in Reykjavik erzielten zu blockieren und zugleich die Schuld auf die sowjetische Seite abzuwälzen, wobei die gefährlichen Pläne Washingtons zur Militarisierung des Weltraums von der Kritik verschont werden sollten. Bekanntlich war eben die berüchtigte „strategische Verteidigungsinitiative" das Hauptthindernis für das Gelingen des Treffens.

In seiner Rede in San Francisco versuchte der USA-Außenminister offensichtlich im Hinblick auf die stattfindenden Kongreßwahlen die amerikanische Öffentlichkeit zu beschwichtigen, indem er erklärte, daß sich zur Zeit angeblich beide Seiten auf ein Abkommen zubewegen. „Zum erstenmal in der langen Geschichte der Verhandlungen ist es wirklich möglich geworden, die sowjetischen und die amerikanischen nuklearen Rüstungen bedeutend zu reduzieren", sagte Shultz.

Ja, eine solche Möglichkeit ist wirklich da, doch deren Realisierung wird verstärkt von keinem anderen behindert als von der amerikanischen Administration selbst, die das Wesen der Verhandlungen in Reykjavik verfälscht. Die Hartnäckigkeit, mit der das Weiße Haus sein abenteuerliches „Sternenkriegs"-Programm fortsetzt und den ABM-Vertrag untergräbt, bestätigt, daß die USA-Administration keineswegs bestrebt ist, „in Genf damit anzufangen, womit man in Reykjavik geendet hat". Im Gegenteil. Sie türmt auf dem Weg zur Herbeiführung gegenseitig annehmbarer Übereinkünfte immer neue Hindernisse auf.

Nicht von ungefähr äußerte Shultz, der am selben Tag in Los Angeles sprach, bezeichnenderweise: „Die Reagan-Administration ist zutiefst überzeugt, daß die Rüstungskontrolle nicht ein Hauptanliegen der amerikanischen Außenpolitik sein kann, wie wichtig die Reduzierung und letzten Endes die Beseitigung der nuklearen Offensivwaffen auch sein mögen."

Die Sowjetunion unterbreitete in Reykjavik ihre Vorschläge in einem Paket, in dem die Sicherheitsinteressen der sowjetischen und der amerikanischen Seite ausgeglichen sind. Die Zugeständnisse der UdSSR sind gleichfalls ein Teil des Pakets. Wenn es kein Paket gibt, gibt es auch keine Zugeständnisse. Deshalb sind alle Versuche, dieses Paket in Einzelteile aufzulösen und dabei nichts für die Wiederherstellung der Balance von Kompromissen zu tun, inakzeptabel. Die Phrasendrescherei von Vertretern der Reagan-Administration, die die sowjetischen Initiativen und die Ergebnisse des Treffens in Reykjavik in ein falsches Licht rücken wollen, bedeutet einen untauglichen Versuch, die verwerflichen Pläne zum Vorantreiben des Wettrüstens mit Demagogie zu verdecken.

Im Interesse der Erhaltung des Friedens

Päpstliche Wissenschaftsakademie gegen „Sternenkriege"

Die Päpstliche Wissenschaftsakademie hat einen Bericht veröffentlicht, der von zahlreichen Wissenschaftlern aus verschiedenen Ländern im Auftrag der Akademie abgefaßt wurde. In dem Dokument werden die gefährlichen Pläne der „Sternenkriege" abgelehnt.

Wie die Verfasser des Berichtes betonten, muß die Militarisierung des Weltraums im Interesse der Erhaltung der Welt verhindert werden. Die Wissenschaftler bringen ihre Hoffnung darauf zum Ausdruck, daß ein entsprechendes internationales Abkommen erreichbar ist.

Nach der Auffassung der Päpstlichen Wissenschaftsakademie ist selbst das stärkste strategische Verteidigungssystem nicht in der Lage, den Schutz vor einem Raketenkernwaffenschlag 100prozentig zu garantieren. Die Versuche aber, ein solches System zu schaffen, werden nicht zu einer Reduzierung des Potentials der Kernraketen, sondern im Gegenteil, zu einer Verstärkung der Offensivwaffen führen. Sollte es einer der Seiten in der Endkonsequenz gelingen, ein zumindest relativ effektives Verteidigungssystem zu schaffen, wird das gegenwärtige strategische Kräftegleichgewicht gestört, was zu einer Krise führen wird.

Die Wissenschaftler aus 13 Ländern, einschließlich der UdSSR und der USA, sowie aus einigen internationalen Organisationen, sprachen sich für eine ausschließlich friedliche Nutzung des Weltraums aus, die dem Wohl der Menschheit dienen soll. Die Päpstliche Wissenschaftsakademie zählt 79 Wissenschaftler, rund 30 von denen Nobelpreisträger sind.

Der Inhalt des Berichtes wird in einem Sammelband wiedergegeben, der zum 50. Jahrestag der Gründung der Akademie herausgegeben wurde. Der Bericht lag bereits im Januar 1985 vor, seine Veröffentlichung wurde aber verschleppt. Wie die „New York Times" am 9. Juli 1985 meldete, bestand das offizielle Washington darauf, daß dieses Dokument geheimgehalten wird.

Der Präsident der Wissenschaftsakademie, Biophysiker Carlos Chagas, Professor an der Universität Rio de Janeiro, verwies bei einer Rundtischsitzung, mit der die Jubiläumstagung der Akademie zu Ende ging, auf den untrennbaren Zusammenhang zwischen den Problemen der Wissenschaft und der Erhaltung des Friedens. Wie er betonte, können die Wissenschaftler zur Lösung der akutesten Probleme der Menschheit beitragen und bei der Hebung des Wohlstandes der Menschen helfen, die Ergebnisse ihrer Forschungen werden aber für direkt entgegengesetzte Zwecke für die Schaffung von Kriegswaffen mißbraucht. „Unsere Aufgabe besteht darin, nicht dem Bösen, sondern dem Guten zu dienen", betonte er.

Nahezu alle Teilnehmer der Tagung, darunter Alexander Rich (USA), Manfred Eigen (BRD), Sune Berkström (Schweden) und M. G. Kumar Menon (Indien), hoben die Notwendigkeit hervor, Anstrengungen der Wissenschaftler zum Schutz des Friedens zu intensivieren. Wie der italienische Physiker, Nobelpreisträger Carlo Rubbia konstatierte, haben die Völker das Recht auf eine wahrheitsgetreue und umfassende Information über mögliche Folgen der Beschlüsse, die von den Regierungen getroffen werden, damit das Nichtwiedergutzumachende verhindert wird.

Solidarität mit dem syrischen Volk

Als einen Ausdruck der aufrichtigen Freundschaft und der brüderlichen Solidarität hat das syrische Volk die an die Führung der SAR gerichtete Botschaft der sowjetischen Führung gewertet, in der die feste Position Syriens angesichts der imperialistischen Drohungen, der Erpressung und des Druckes seitens der anglo-amerikanischen Allianz und Israels unterstützt wird. Presse, Rundfunk und Fernsehen Syriens kommentieren umfassend die Demonstration des wirklichen Internationalismus durch die Sowjetunion, die bekräftigte, daß sie an der Seite der gerechten Sache Syriens und der anderen arabischen Völker steht.

Die Bedeutung der sowjetischen Unterstützung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, schreibt die Zeitung „Al-Thawrah". Insbesondere unter den Bedingungen da die Regierung Londons in enger Zusammenarbeit mit Washington und Tel Aviv eine feindselige Kampagne gegen Syrien begonnen hat. Das ist ein deutlicher Beweis dafür, daß Syrien bei der Verteidigung der nationalen Rechte und der Würde der arabischen Völker nicht allein dasteht.

Die Sowjetunion ist mehrmals den arabischen Ländern in der komplizierten und explosiven Situation zu Hilfe gekommen, die durch Verschulden der herrschenden Kreise des expansiven Israels und der ihm Vorschub leistenden USA entstanden ist, sagte der syrische Arbeiter Mohammed Jawish in einem TASS-Interview. Heute, da unserem Land erneut eine Aggression droht, sind wir zutiefst überzeugt, daß die Sowjetunion Syrien und die anderen arabischen Länder unterstützen wird, die Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität verteidigen. Gestützt auf die Hilfe der befreundeten Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder wird Syrien den Kampf gegen die neokolonialistischen Verschwörungen der Imperialisten und ihrer Helfershelfer fortsetzen, unterstrich Jawish. Unser Volk wird mit der Waffe in der Hand seine revolutionären Errungenschaften verteidigen und die Ehre und Freiheit seiner Heimat nie preisgeben.

So sieht heute die „Demokratie" in Nordirland aus.
Die konservative Regierung Großbritanniens steigert ihre militärische Präsenz in Ulster. Wie der Informationsdienst der BBC-Fernsehgesellschaft mitteilt, hat das Tories-Kabinett vor einem halben Jahr den Beschluß gefaßt, in diese Provinz zusätzlich weitere 550 Militärangehörige zu entsenden. 10 200 englische Soldaten und Offiziere sowie Tausende Polizisten sind das Hauptinstrument für Repressalien der britischen Regierungskreise bei der Unterdrückung des Kampfes eines beachtlichen Teils der nordirdischen Bevölkerung um gleiche Bürgerrechte und Freiheit. Foto: TASS

Szenarium einer Invasion

Die zweiwöchigen Manöver „Market square" sind in Fort Bragg (USA-Bundesstaat North Carolina) zu Ende gegangen. 14 000 Angehörige der 82. Luftlandedivision, die für direkte Interventionen der USA im Ausland bestimmt ist, haben daran teilgenommen. Wie die „New York Times" schreibt, waren außerdem alle Waffengattungen vertreten. Es wurde ein Szenarium für aktive Kampfhandlungen in Mittelamerika durchgespielt.

Nach diesem Drehbuch sollten die amerikanischen Truppen einem fiktiven Verbündeten, dem Staat San Lorenzo, beistehen, der von zwei anderen erfundenen mittelamerikanischen Staaten, Makapa und La Palmera, überfallen wurde. Unmittelbar nach dem „Hilferuf" wurde den Einheiten der 82. Division der Befehl erteilt, auf dem Territorium Makapas zu landen und dabei Stützpunkte von San Lorenzo zu nutzen.

Mit einem 20-Minuten-Abstand wurden in verschiedenen Regionen Makapas drei Bataillone und anschließend Panzer mit Fallschirmen abgesetzt. Die Operation wurde durch die Feuerkraft einer F-16-Staffel unterstützt.

Gleichzeitig landeten drei Bataillone Marineinfanteristen, geschützt von der Artillerie des Schlachtschiffes „New Jersey", an.

In einem Beitrag über die Manöver verweist die „New York Times" darauf, daß die USA laut Behauptungen der Reagan-Administration, nicht die Absicht haben, Truppen in Mittelamerika einzusetzen. Die Zeitung gibt allerdings klar zu verstehen, für wen diese Demonstration der amerikanischen Militärmacht galt. Das Blatt zitiert einen der Leiter der Manöver: „Wir hoffen, daß Präsident Daniel Ortega den Wink verstanden hat, den wir ihm mit unseren Manövern gegeben haben."

Immer bereit!

Für unsere jungen Leser

Unser Rapport zum Roten Oktober

Am Vorabend des 69. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution beginnen die Herbstferien. Aber bevor diese schöne Woche kommt, ziehen die Pioniere das Fazit für das erste Unterrichtsviertel. Sie rapportieren den Parteiveteranen über ihre Lernerfolge und die Erfüllung ihrer Pionieraufträge.

„Körnchen"-Patrouillen auf der Wache

Am ersten Unterrichtstag hatte uns die Pionierleiterin Galja Kusmina bekanntgegeben: „Eure Gruppe wird beauftragt, im Rahmen der Unionsaktion ‚Körnchen' Wache beim Getreidespeicher zu halten."

„Das wird also unser erster großer Pionierauftrag sein?" meinte Sascha Protassow ernst.

„Ganz richtig", bestätigte Galja.

Sascha, Igor Iwanow und andere Jungen fertigten noch am selben Tag hölzerne Hämmer an. Mit roten Bändern am Arm und mit Hämmern in der Hand bezogen Sascha Protassow, Natascha Schiparewa, Igor Iwanow, Oxana Maximowa und ich unseren Posten an der Straßenkreuzung unweit des Getreidespeichers. Unter den 31 LKWs entdeckten wir 16 mit schlecht verdichteten Kasten. „Wieviel Getreide rinnt auf die Straßen! Welch eine Mißwirtschaft!" riefen die Pioniere. Wir schlugen Alarm. Natürlich waren die Fahrer sehr unzufrieden. Aber wir ließen sie einfach nicht durch, und sie mußten stehenbleiben und die Ritzen in den Wagenkisten verdichten. Erst danach durften sie weiter fahren.

Am nächsten Tag schon entdeckten wir keinen einzigen undichten Wagen. Die Kritik hatte geholfen.

Vom Gebietsstab „Körnchen" erhielt unsere Pioniergruppe „Nikolai Sabelkin" eine Ehrenurkunde. Demnach hatten wir unseren ersten Pionierauftrag erfüllt.

Katja KAMPF,
Mitglied des Pioniergruppenrates der 4. Klasse aus dem Dorf Wolodarskoje

Der Märchenabend

In unserer Mittelschule von Nagornoje wird Deutsch als Muttersprache gelehrt. Jedes Unterrichtsviertel klingt mit einem Deutschabend aus. Diesmal war unsere 6. Klasse mit einem Märchenabend an der Reihe, weil wir die Grimmschen Hausmärchen über alles lieben. Ihn interessant und inhaltsreich zu gestalten, halfen uns die Praktikanten aus der Koktschetawer Pädagogischen Hochschule. Ira Weiner, Veronika Riewe, Olga und Ira Ratz, meine Schwester Natascha, Olga Drichel, Lydia Fenske und Larissa Schröder sind unsere besten Sprachkenner; die Regie führten die Lehrerinnen Olga Wernerowna Mieske und Raissa Adolfowna Dienst. Es wurden einige Szenen aus „Aschenbrödel", „Rotkäppchen" und aus „Die kluge Else" aufgeführt.

Tanja SIKORSKY,
6. Klasse

Gebiet Koktschetaw

Ehrenurkunden für eine Klasse

Auf dem Appell anläßlich der Beendigung des ersten Lehrviertels überreichte der Schuldirektor unserer Pioniergruppe zwei Ehrenurkunden: Die eine für gute Lernleistungen und aktive Pionierarbeit, und die zweite für den ersten Platz beim Altstoffsammeln. Das war eine große Freude für uns, denn wir ringen um den Namen Wolodja Areschjanz für unsere Pioniergruppe. Wenn wir bis zum 19. Mai soweit machen, wird man uns vielleicht die Scherpe der Pioniergruppe des Rechten Flügels zuerkennen.

Lilli JUSTUS,
Schülerin der 5. Klasse, Station Merke

Gebiet Dshambul

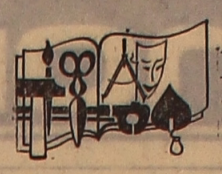
Durch Sport zu guten Lernerfolgen

Meine Lieblingsfächer sind Deutsch, Russisch und Literatur. Ich sitze stundenlang über Büchern und bekomme oft Kopfschmerzen. Da sagte unser Turnlehrer einmal zu mir: „Junge, du bist so bleich, du kommst wahrscheinlich zu wenig in die frische Luft." Er hatte recht, aber dabei verliert man doch so viel kostbare Zeit, die man zum Lesen nutzen kann, dachte ich bei mir. Er hatte meinen Gedanken erraten und lachte: „Da irrst du. Der Sport hilft dir, gesund sein, die Zeit richtig einteilen und sie schätzen." Ich folgte seinem Rat. Jetzt laufe ich jeden Morgen einige Kilometer, dann mache ich Frühgymnastik, und mir bleibt noch genug Zeit für Lesen und für Hausaufgaben. Für das erste Unterrichtsviertel sind in meinem Zeugnis nur zwei Vieren.

Auch meinen kleinen Schwestern Tanja und Wera bringe ich die Liebe zum Sport bei.

Ljonja GORLOW,
Schüler der 4. Klasse aus Dshelandy

Gebiet Semipalatinsk



Die Berufe sind verschieden, wähl dir einen nach Belieben!

Die Heimatstadt—mal aus einer anderen Perspektive

Unter der Vielzahl verschiedener Berufe gibt es in unserem Land einen, der zwar relativ jung, doch schon sehr verbreitet ist. Das ist der Beruf eines Fremdenführers. Man kommt ohne ihn in unserem „wanderlustigen" Jahrhundert nicht mehr aus. Der Exkursionsleiter macht die Touristen mit der Geschichte einer Stadt bekannt, berichtet über die architektonischen, Kultur- und Kunstdenkmäler. Nicht umsonst heißt dieser Beruf noch Stadtbilderklärer.

Diesen schönen Beruf übe ich nun schon sieben Jahre lang im Zelinograder Reise- und Exkursionsbüro aus. In dieser Zeit habe ich meine Arbeit von ganzem Herzen liebgewonnen. Mit anderen Augen sehe ich jetzt jedes Gebäude und jede Straße unserer Neulandstadt. Die Verwandlungen jedoch betrachte ich aus historischer Perspektive. Warum? Das will ich gleich erklären.

Sobald wir uns als Reisende oder Wandernde einer fremden Stadt nähern, gucken wir uns, die modernen Bauklötze übersehend, nach alten Mauern und Häusern, Springbrunnenensembles und Denkmäler um, nicht wahr? Sie sind die Geschichte der Stadt, die wir unbedingt kennen wollen, um ein klares Bild über ihre Verwandlungen, Traditionen und die Lebensweise ihrer Bewohner zu bekommen. Dabei hilft uns einzig und allein der qualifizierte Fremdenführer. Nicht umsonst betone ich das Wort „qualifiziert", denn nur ein guter Kenner seines Faches kann eine aus verschiedenen Menschen bestehende Touristengruppe unterweisen. Er muß wie ein Schauspieler Legenden und Geschichten aus der Vergangenheit erzählen sowie die wissenschaftlich begründeten und ökonomisch belegten Daten aus der Gegenwart spannend vortragen können.

Um immer auf der Höhe zu sein, muß er ständig dazulernen — schöngeistige und Fachliteratur, sowie die neuesten Presseausgaben lesen und seine Kenntnisse der Geschichte und Heimatkunde mit neuen Entdeckungen und Namen auffüllen, um eine beliebige Frage der Gäste erschöpfend beantworten zu können.

Jeder Tag führt mich mit neuen Touristengruppen zusammen, die in der Regel aus Leuten verschiedener Altersgruppen und Berufen bestehen, zwischen denen ich den Kontaktmann spiele. Da muß man auch in Pädagogik und Psychologie bewandert sein. Obligatorisch für einen Fremdenführer sind außer diesen Wissenschaften auch die Gesetze der Logik sowie defektloses und ausdrucksvolles Sprechen, nicht zuletzt muß er körperlich gesund und gut zu Fuß sein.

Wenn ihr einmal meine Kollegen werden wollt, macht es euch von morgen an zur Gewohnheit, beherrscht höflich, aufmerksam und anspruchsvoll zueinander zu sein. Lernt fleißig und bereichert eure Kenntnisse in allen Wissensgebieten, dadurch schafft ihr ein festes Fundament für das weitere Studium, denn für einen qualifizierten Exkursionsleiter reicht das Schulprogramm noch bei weitem nicht aus.

Da der Fremdenführerberuf sehr viel mit dem eines Lehrers gemeinsam hat, würde ich euch raten, eine pädagogische Lehranstalt zu beenden, da es vorläufig noch keine Lehranstalt für Ausbildung von Fremdenführer gibt.

Bei jedem Reise- und Exkursionsbüro gibt es Lehrgänge für Fremdenführerausbildung. Im Laufe von neun Monaten werden hier die Spezialfächer: Einleitung und Geschichte der Exkursionskunde und Methodik der Fremdenführung vorgetragen.

Valeri GENSE,
Fremdenführer

Rote Nelken zur Oktoberfeier

Foto: Viktor Nagel

Der Sowchos lobte sie

Tjumenka ist ein Walddorf im Norden unseres Gebiets. Hier wohnen und arbeiten fleißige Getreidebauern und Tierzüchter, die das Gebietszentrum mit Brot, Fleisch und Milch versorgen. Wir, ihre Kinder, leisten ihnen tatkräftige Hilfe in den Gemüsegärten und in der Forstwirtschaft.

In diesem Herbst haben wir im Schulgarten eine reiche Gemüse- und Beerenernte eingebracht. Zur Zeit forsten wir nach dem Unterricht die Kiefern- und Tannenhaine auf. Dank unserer Pionierleiterin Alexandra Riß sind Ljuba Lyssenko, Wanja Zschoch, Andreas Schnur und andere Pioniere erfolgreiche Förster geworden.

Auch bei der Rübenernte haben sich die Pioniere gut bewährt. Täglich ernteten wir sieben bis zwölf Tonnen Wurzeln. Der Sowchos war mit uns sehr zufrieden.

Lena FAUT,
Jungkorrespondentin
Gebiet Nordkasachstan

Ade, Pionierhalstuch!

Die Festveranstaltung „Abschied vom roten Halstuch" machte auf alle deren Teilnehmer einen tiefen Eindruck. Wir sangen Pionierlieder, rezitierten Gedichte, sahen uns Farbdias über den Alltag unserer Pioniergruppe an. Am Geburtstag des Komsomol überreichte man uns die Mitgliedsbücher und Abzeichen mit Lenins Bildnis. Von nun an sind wir Komsomolzen!

Fünf Jahre lang haben wir das Pionierhalstuch getragen. Jetzt stehen wir vor neuen Aufgaben, die wir unbedingt bewältigen wollen.

Shenja SCHOSTKO,
Klasse 8a, 11. Mittelschule
Aktjubinsk

Wir übernehmen den Staffelstab

Im Oktober handelte unsere Pioniergruppe unter dem Motto „Die Pioniere sind die Ablösung des Komsomol". In den Klassenstunden und Nachmittagen machten wir uns mit der Geschichte des Komsomol vertraut und trafen mit Vertretern dreier Komsomolgenerationen zusammen.

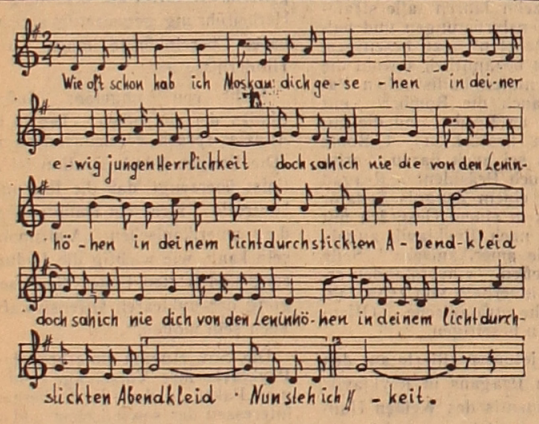
Eines Tages luden wir unseren Landsmann und Kriegsveteranen Nikolai Wladimirowitsch Stepanow zur Klassenstunde ein. Was wir von ihm erfuhren, war eine wahre Überraschung.

Als junger Soldat half er die Stadt Krasnodon von den Faschisten befreien. Mit eigenen Augen sah er, wie man die mutigen Junggardisten bestattete.

„Obwohl ich früher dem Tod vielmals in die Augen geschaut hatte, erschütterte mich damals die faschistische Barbarei", sagte Nikolai Wladimirowitsch. „Nie werde ich die mutigen Junggardisten vergessen. Ich habe diejenigen von ihnen, die am Leben geblieben sind, persönlich kennengelernt und stehe mit ihnen im Briefwechsel."

Mit angehaltenem Atem lauschten wir seinen Erinnerungen und den zahlreichen Gedichten über die Heldentat der Junggardisten, die der Veteran ausdrucksvoll rezitierte. In dieser Klassenstunde erfuhren wir über die Heldentat der Komsomolzen von Krasnodon viel Wissenswertes.

Olga FLATT,
Klasse 7a, 26. Schule
Pawlodar



Auf den Leninbergen

Musik: Emanuel JUNGMANN **Worte: Woldemar HERDT**

Wie oft schon hab ich, Moskau, dich gesehen
in deiner ewig jungen Herrlichkeit,
doch sah ich nie dich von den Lenin-Höhen
in deinem lichtdurchstickten Abendkleid.

Nun steh ich hier zum erstenmal im Leben,
wo Ogarjow einst neben Herzen stand.
Mir scheint, der Stolz will mich auf Schwingen heben,
weil ich ein Sohn bin aus der Freiheit Land.

Tief unten liegt der Moskwafluß im Tale,
umschlingt des Erdballs schönste Riesenstadt.
Sie leuchtet mir in Regenbogenstrahlen,
weil sie mein Glück in mir geborgen hat.

Wie ist mir, Freunde, diese Stadt so teuer,
sei es im Lenz, sei es zur Winterszeit,
weil sie mein Volk durch aller Kriege Feuer
geführt zum Siege der Gerechtigkeit.

Es war am Dienstag...

Leningrad ist mit dem Wirken Lenins und dem bedeutendsten Ereignis in der Geschichte unseres Jahrhunderts, der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, untrennbar verbunden. 21 Gedenkstätten zeugen davon. Dazu gehören sieben Museumswohnungen. Das sind normale Stadtwohnungen aus der Zeit des alten Petersburg. So hieß Leningrad vor dem Jahre 1917. In diesen Wohnungen lebte Lenin während seiner Aufenthalte in der Stadt. Zwei der Wohnungen sind den Revolutionären in der ganzen Welt besonders ans Herz gewachsen: Die Wohnung, in der Lenin die unmittelbare Vorbereitung der Oktoberrevolution betrieb, und jene beiden Zimmer im Smolny, in denen er während der Oktoberrevolution lebte und arbeitete.

Die Tage davor

Am 16. Oktober 1917 hatte das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei die Rückkehr Lenins aus dem Ausland beschlossen. Er durfte sich in Rußland aber keineswegs öffentlich zeigen. Die seit der Februarrevolution von 1917 an der Macht befindliche bürgerliche Regierung hatte mehrere Haftbefehle gegen ihn erlassen. Lenin kam mit einem fremden Paß. Schnurrbart und Kinnbart waren abrasiert worden. Der Bolschewik Nikolai Alexandrowitsch Jemeljanow (1871—1958) besorgte als Paß einen Ausweis der Sestrorezker Waffen-Werke. Er lautete auf den Namen Konstantin Petrowitsch Iwanow. Ausweise der Sestrorezker Waffen-Werke galten als vereinfachte Grenzpassierscheine zwischen Rußland und Finnland, da viele Sestrorezker Arbeiter auf finnischem Gebiet wohnten. Eine Perücke hatte der Bolschewik Alexander Wassiljewitsch Schotmann (1880—1939) herangeschafft. Es war schwierig. Die Regierung hatte den Verkauf von Perücken verboten. Ein rötlicher Mantel mit grauer Kappe kam von dem Bolschewiken Sergej Jakowlewitsch Allilujew (1866—1945). Lenin sah wie ein finnischer Bauer aus.

Ohne polizeiliche Anmeldung und unter Beachtung aller möglichen Vorsichtsmaßregeln wurde er in der Wohnung der Bolschewikin Margarita Wassiljewna Fofanowa (1883—1974), Serdobolskaja Straße 1, Quartier 20, untergebracht. „Sogar die einzelnen Mitglieder des Zentralkomitees durften nicht erfahren, wo er sich aufhielt", heißt es in den Erinnerungen von Lenins Frau. Für den ständigen Schutz Lenins war der Genosse Ejno Abramowitsch Rachja (1886—1936) verantwortlich. Nur zu besonderen Anlässen wurde die Wohnung verlassen. So zur Sitzung des Zentralkomitees am 23. Oktober 1917, auf der der bewaffnete Aufstand gegen die bürgerliche Regierung beschlossen wurde. Die folgenden Tage waren mit intensiver Vorbereitungsarbeit ausgefüllt. Lenin drängte. Am 6. November 1917, nachdem die bürgerliche Regierung den offenen Angriff gegen bolschewistische Zeitungen begonnen hatte und Fronttruppen heranzogen, begann der Aufstand. Um 14 Uhr nahmen Rotgardisten die Brücken über die Newa, die das Zentrum mit den Arbeitervierteln verbinden. Um 7 Uhr morgens wurde das Haupttelegrafenamt besetzt. Es war ein Dienstag, ein ganz gewöhnlicher Tag, der in die Weltgeschichte eingehen sollte als Beginn der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

Verkleidet als Vagabunden

Lenin verbrachte den ganzen Tag noch in der Wohnung der Genossin Fofanowa. Gegen 20 Uhr verließ er sie mit dem Genossen Rachja. Beide waren als Vagabunden verkleidet. Lenin trug zur Perücke noch eine Brille und unter seiner Mütze ein Tuch um den Kopf, wie bei Zahnschmerzen. Ziel der beiden war der Smolny. Dort liefen die Fäden des Aufstandes zusammen. Rachja hatte für den Smolny zwei Passierscheine bei sich. Passierscheine zum Überqueren der Straßen, die die bürgerliche Regierung angeordnet hatte, besaßen sie nicht. Zunächst blieben sie auf ihrem Weg unbehelligt. Sie konnten sogar auf dem heutigen Karl-Marx-Prospekt (früher Sampsonjewski Prospekt) ein Stück die Straßenbahn benutzen. Doch auf der direkt zum Smolny führenden Spalernaja-Straße (der heutigen Woinow-Straße) wurden sie von zwei berittenen Offiziersschülern aus der Artillerie gestoppt. Die befahlen: „Halt! Passierscheine!" Rachja berichtete darüber: „Ich flüsterte Wladimir Iljitsch zu: ‚Gehen Sie, ich werde mit denen allein fertig!' Ich hatte in der Tasche zwei Revolver. Ich begann mit ihnen in grober Form zu streiten und erklärte, es sei niemandem bekannt, daß Passierscheine notwendig seien, und wir hätten uns deshalb auch nicht rechtzeitig welche besorgen können. Währenddessen entfernte sich Wladimir Iljitsch langsam von uns. Die Fähnriche bedrohten mich mit den Nagaikas (Peitschen) und verlangten, daß ich ihnen folge. Ich lehnte entschieden ab. Aller Wahrscheinlichkeit nach wollten sie sich nicht mit uns, die sie wirklich für Vagabunden hielten, einlassen."

Eine halbe Stunde später saß Lenin in der Zentrale des Aufstandes und übernahm die Führung. Bis zum Morgen des 7. November 1917 kontrollierten die Rotgardisten die gesamte Stadt bis auf einige Straßen in der Nähe des Winterpalais, dem Sitz der Regierung. Dessen Eroberung fand am Abend des 8. November 1917 seinen Abschluß. Die Funkstation des Kreuzers „Aurora" sandte die von Lenin verfaßte erste Meldung der siegreichen proletarischen Revolution, „An die Bürger Rußlands", in alle Welt.

(Nachdruck aus der „Trommel")

Redakteur L. L. WEIDMANN

Unsere Anschrift: Казахская ССР, 473027 г. Целиноград, Дом Советов, 7-й этаж, «Фройндшафт»

TELEFONE: Redakteur — 2-19-09; stellvertretende Redakteure — 2-17-07, 2-06-49; Redaktionssekretär — 2-16-51; Sekretariat — 2-78-50; Abteilungen: Propaganda — 2-76-56; Parteipolitische Massenarbeit — 2-18-23; Sozialistischer Wettbewerb — 2-17-55; 2-56-45; Kultur — 2-79-15; Leserbriefe — 2-77-11; Literatur — 2-18-71; Bildreporter — 2-17-26; Korrektur — 2-37-02; Buchhaltung — 2-79-84.

«ФРОЙНДШАФТ» ИНДЕКС 65414 Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Типография издательства Целиноградского обкома Компартии Казахстана

Заказ № 8580 УН 01841